

Zippert zappt

Zurzeit herrscht große Sorge vor einer Zweiklassengesellschaft. Das ist auch eine etwas dürrtige Aufteilung. Wir brauchen mindestens eine Vier- oder Fünfklassengesellschaft, am besten ein gut organisiertes Kastensystem. Die Ungeimpften sind natürlich die Parias, die Unberührbaren, und ob sie überhaupt die Chance haben, jemals als Geimpfte wiedergeboren zu werden, das muss das Robert-Koch-Institut noch entscheiden. Ganz oben im Corona-Kastensystem stehen natürlich alle, die mit dem Biontech-Wirkstoff immunisiert wurden, das sind praktisch die Corona-Brahmanen. Danach kommen die Moderna- und Sputnik-V-Geimpften, und kurz vor den Unberührbaren folgt die AstraZeneca-Kaste, denn das ist ja beinahe so wie gar keine Impfung. Die Zencas haben viel weniger Rechte, dürfen nur nachmittags bei Karstadt einkaufen und müssen im Konzertsaal ganz hinten sitzen. Die Einführung des Kastensystems wird nicht ohne soziale Härten abgehen. So muss die Deutsche Bischofskonferenz demnächst entscheiden, ob eine Angehörige der Biontech-Kaste einen Sanofi-Mann heiraten darf.



Flockdown

Schnee, Glatteis, heftiger Wind: Ein massiver Wintereinbruch beherrscht die Nordhälfte Deutschlands. Die Bahn musste am Sonntag viele Verbindungen einstellen, unzählige Straßen – wie hier die Autobahn 2 in der Nähe des nordrhein-westfälischen Rheda-Wiedenbrück – waren zugeschnitten, nur wenige Menschen unterwegs. Offenbar folgten viele den dringenden Bitten der Behörden, auf Autofahrten zu verzichten und zu Hause zu bleiben. Seite 24

DPA/MARCEL KUSCH

#Free them all

Radwan Mortada

In Beirut soll sich der Journalist Radwan Mortada wegen „Beleidigung des Militärs“ vor Gericht verantworten. Nach Informationen des Komitees zum Schutz von Journalisten (CPJ) forderten Sicherheitsagenten Mortada bereits am 15. Januar dazu auf, sich für ein Verhör in die Zentrale des libanesischen Geheimdienstes zu begeben. Nachdem der Journalist sich weigerte, Folge zu leisten, umstellten Militärpolizisten noch am selben Tag die Zentrale des Fernsehsenders Al-Jadeed TV. Dort hatte Mortada kurz zuvor in einem Interview über den Vorfall berichtet. Erneut weigerte sich Mortada jedoch mitzugehen und blieb laut eigener Aussage so lange in den Redaktionsräumen, bis die Beamten abzogen. In einem Telefonat mit CPJ-Vertretern gab der Journalist an, er sei bereit, sich vor einem Zivilgericht zu verantworten, jedoch unter keinen Umständen vor einem Militärgericht oder dem Geheimdienst. Grund für die Ermittlungen gegen Mortada soll ein auf Al-Jadeed TV veröffentlichtes Interview vom 9. Januar sein. Darin hatte der Journalist die libanesischen Behörden für ihren Umgang mit der Explosion im Hafen von Beirut kritisiert, bei der im vergangenen August mehr als 200 Menschen ums Leben kamen.

In Kooperation mit REPORTER OHNE GRENZEN

LOTTO: 8 – 12 – 23 – 38 – 41 – 48
Superzahl: 9 Spiel77: 6 0 8 1 8 9 4
Super6: 6 4 2 0 2 6 ohne Gewähr

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook: facebook.com/welt
Wir twittern live aus dem Newsroom: twitter.com/welt

DIE WELT digital
Lesen Sie DIE WELT digital auf allen Geräten – unter edition.welt.de, auf Smartphone oder Tablet. Attraktive Angebote finden Sie auf welt.de/digital oder auch mit den neuesten Tablets auf welt.de/bundle.

Schicksalsfrage unserer Demokratien

Die Macht der Tech-Giganten Google, Apple, Facebook und Amazon zu brechen entscheidet über die wirtschaftliche und politische Zukunft der westlichen Welt. Ein Plädoyer für eine konsequente Regulierung. Von Johannes Reck

Als im Frühjahr 2010 die weltweite Finanzkrise langsam ausklang, waren die führenden Tech-Konzerne Google, Apple, Facebook und Amazon (abgekürzt GAFA) mit knapp 450 Milliarden Euro an der Börse bewertet. Die Unternehmen waren richtungsweisende Innovationstreiber, die mit ihrer Kreativität und technologischen Vision im Herzen eines blühenden Tech-Ökosystems standen.

Die gesellschaftliche Transformation, die durch diese Konzerne in der letzten Dekade stattgefunden hat, sucht in der Menschheitsgeschichte ihresgleichen. Mit den Produkten dieser vier Unternehmen bestreiten wir beinahe unser gesamtes berufliches und privates Leben. Innerhalb der Corona-Krise zogen die Umsätze und die Bewertung der Tech-Giganten sogar noch einmal deutlich an. Die GAFA-Konzerne haben zusammengerechnet aktuell eine Marktkapitalisierung von sechs Billionen Euro, also ungefähr fünfmal so viel wie der gesamte Dax.

Die Dominanz ist so groß geworden, dass einzelne Regierungen sich nur noch unterordnen können. Google und Apple diktierten der Bundesregierung die Schnittstelle für die Corona-App und nicht andersherum. Als Australien ein neues Gesetz zur fairen Vergütung seiner Verlage einführen wollte, drohte Google, seine Suchmaschine im Land einfach abzuschalten. Es scheint, als ob viele der deutschen und europäischen Politiker sich der

Übermacht der GAFA ergeben haben. Komplexe Regulierungsfragen taugen nicht für einen Wahlkampf. Die Ohnmacht spiegelt sich auch in der medialen Debatte – sie findet einfach nicht statt.

Ich bin der festen Überzeugung, dass der Umgang mit den amerikanischen Tech-Monopolen die Schicksalsfrage für Europa ist. Nie zuvor in der Geschichte unseres Kontinents waren so wenige Unternehmen so mächtig und konnten unser Leben so tiefgreifend beeinflussen.

Auch wenn es kaum vorstellbar ist: Die technologische Revolution ist nicht abgeschlossen. Ganz im Gegenteil, wir befinden uns noch immer in ihrer Frühphase. Wenn wir es wollen, dann können wir unsere Zukunft nach unseren Spielregeln gestalten. Aber unser Handlungsspielraum schrumpft, und die Zeit drängt. Um zu verstehen, was wir jetzt tun müssen, ist es entscheidend, die Mechanismen der Tech-Monopole genau zu verstehen.

Im 20. Jahrhundert lag das Vermögen einer Gesellschaft in Fabriken, Maschinen und qualifizierten Mitarbeitern. In Deutschland und der EU ist unser ganzes Bildungs- und Wirtschaftssystem auf diese Formel ausgerichtet. Das Problem ist, dass die digitale Welt grundsätzlich anders funktioniert.

Das Verhalten von Kunden wird im digitalen Raum in Echtzeit ausgewertet. Dadurch können die digitalen Dienstleistungen stetig verbessert und passgenauer ausgerichtet werden. Je mehr

Daten man sammelt, desto besser funktionieren die Algorithmen und desto relevanter werden die Angebote für den Kunden.

Die GAFA-Konzerne haben sich hierbei einen enormen Wettbewerbsvorteil verschafft, da sie sowohl die Betriebssysteme als auch die Suchmaschinen, die Browser und die Cloud-Infrastruktur kontrollieren. Zusätzlich gehören ihnen die Shopping-Marktplätze, die Kommunikationsplattformen, die vernetzten Haushaltsgeräte und die App-Stores.

Um im Bilde des 20. Jahrhunderts zu bleiben: Die Tech-Monopole besitzen nicht mehr nur Fabriken und Maschinen, sondern ihnen gehört zunehmend die gesamte Infrastruktur der Wert-

schöpfungskette, inklusive aller Geschäfte und aller Kommunikationswege zum Kunden. Mit jedem neuen Kunden wird diese Wertschöpfungskette effizienter und profitabler. Wettbewerb innerhalb dieser Infrastruktur ist nur so lange erlaubt, wie der Wettbewerber den Monopolisten dafür nach dessen Spielregeln vergütet oder ihm beim weiteren expansiven Wachstum hilft.

Das Kapital, das die GAFA-Unternehmen durch diesen Mechanismus aus dem System saugen, wird direkt in die weitere Aushöhlung ebenjenes Wettbewerbs oder in das Erschließen von neuen Geschäftsfeldern gesteckt. Die Verkäufer auf dem Amazon-Marktplatz etwa sind genauso vom guten Willen der Plattform abhängig wie die Verlage und Medienhäuser von Google oder Facebook. Dieser gute Wille kann nur dadurch erkaufte werden, dass man konsequent alle seine Inhalte und Daten zur Verfügung stellt und somit das Monopol weiter füttert und effizienter macht.

Die enorme Profitabilität dieser Infrastrukturdienstleistungen erlaubt es den Konzernen, sehr langfristig in neue Geschäftsfelder zu investieren. Dabei sind die Monopolisten bereit, jahrelange hohe Verluste zu akzeptieren, um den Wettbewerb zu schwächen und Marktanteile aufzubauen. Aufgrund ihrer enormen Marktkapitalisierung müssen sie zwangsläufig immer neue große und lukrative Märkte besetzen, um das expansive System aufrechtzuerhalten und ihren Börsenkurs zu steigern.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2



EINZELNE REGIERUNGEN
KÖNNEN SICH DER
DOMINANZ DER
TECH-GIGANTEN NUR
NOCH UNTERORDNEN

Unionsabgeordnete legen Lockerungspläne vor

Andere Länder gelten bei den Exit-Strategien aus dem Corona-Lockdown als Vorbilder. Grünen-Fraktionschef warnt vor schnellen Öffnungen

Vor den Beratungen der Ministerpräsidenten mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) über das weitere Vorgehen in der Corona-Pandemie am Mittwoch haben mehrere Bundestagsabgeordnete der Union einen stufenweisen Ausstieg aus dem Lockdown gefordert. „Nach monatelangen Einschränkungen und harten Entbehnungen, aber auch angesichts eines zunehmenden Impfschutzes von besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen müssen wir mehr über greifbare Perspektiven sprechen“, sagte Unionsfraktionsvize Thorsten Frei (CDU) WELT. Frei sprach sich für einen „Perspektivplan“ aus, der einen bundesweiten Rahmen für Lockerungen vor Ort vorgeben könnte. Diese sollten sich in erster Linie an der Inzidenz orientieren. „Bei einer Inzidenz von unter 50 ist das Infektions-

geschehen gut nachverfolgbar“, sagte Frei. „Das öffentliche Leben könnte – abgesehen von Großveranstaltungen – weitgehend normal verlaufen.“

Der CDU-Gesundheitspolitiker Rudolf Henke plädierte „für ein bundesweit einheitliches Konzept, das sowohl bei sinkenden wie auch steigenden Infektionszahlen greift“. Ähnlich wie etwa Irland könne man ein System von fünf Stufen aufbauen, das für alle Landkreise und kreisfreien Städte gelte. Der CDU-Innenexperte Marian Wendt schlug ein „Ampelsystem“ vor, wie es Italien mit Erfolg seit Oktober letzten Jahres anwendet. Dort sei jedem Bürger klar: „Es gibt rote, gelbe, orangefarbene Zonen, die alle zwei Wochen von der Regierung, nach einem Berechnungsschlüssel, neu festgelegt werden – abhängig von der jeweiligen Corona-Gefährdung

vor Ort.“ Für die Bürger schaffe „das Planbarkeit und ein Leben, das ein Stück weit Normalität trotz der Pandemie erlaubt“.

Der Fraktionschef der Grünen im Bundestag, Anton Hofreiter, sieht schnelle Lockerungen skeptisch. „Ich kann nur davor warnen, die Fehler von Sommer und Herbst zu wiederholen und sich in falscher Sicherheit zu wiegen“, sagte Hofreiter WELT. „Wir müssen erst ein klares Bild von der Verbreitung der mutierten Viren haben. Ich warne deshalb davor, übereilt zu handeln. Sonst bekommen wir nach der zweiten ganz schnell eine dritte Welle.“

Heftig debattiert wird vor allem über die Öffnung von Grundschulen und Kitas. Gerade sie „müssen kurzfristig wieder geöffnet werden. Wir dürfen Schüler und ihre Eltern mit den erheblichen Belas-

tungen von Homeschooling, Homeoffice und Hausarbeit nicht länger alleinlassen“, sagte FDP-Politikerin Katja Suding WELT. Susanne Eisenmann, Kultusministerin und CDU-Spitzenkandidatin in Baden-Württemberg, fürchtet, dass Kinder „zu den Verlierern dieser Pandemie werden“. Sie stünde zum Lockdown, wünsche sich aber „eine differenziertere Betrachtung, wenn es um Kinder geht“. Eine reine Öffnungsdiskussion sei angesichts der fragilen Lage „völlig fehl am Platz“, sagte dagegen die Vizevorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Nadine Schön (CDU): „Schulen dürfen nicht Hals über Kopf geöffnet werden, sondern mit Sinn und Verstand. Es wäre fatal, in den kommenden Tagen Kitas und Schulen hektisch zu öffnen, nur um sie kurz danach wieder schließen zu müssen.“ DW **Seiten 4, 5, 7**



Anton Hofreiter, 51, verfolgt die Entwicklung der Pandemie nicht nur als Politiker – sondern auch als promovierter Biologe. Welche Schlüsse zieht er angesichts der aktuellen Lage?

VON CLAUDIA CHRISTIAN MALZAHN

WELT: Herr Hofreiter, der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Carsten Schneider, wirft Ihrer Fraktion „einen schwarz-grünen Kuschelkurs“ vor. Er wundert sich, dass die Grünen sich mittlerweile mehr als „Regierungssprecher der CDU“ gerierten, als reale Oppositionspolitik zu machen. Hat Sie das getroffen?

ANTON HOFREITER: Nein. In dieser Krise sollten sich alle Politiker verantwortungsvoll verhalten. Wir haben uns für eine mündige Oppositionsarbeit entschieden, die sich ihres Verstandes bedient. Wir kritisieren, wo es nötig ist, und helfen mit, wo wir es können. Es sind doch jetzt wirklich nicht die Zeiten, in denen man einfach platt draufdreschen sollte. Der SPD rate ich, wenn sie Kritik und Verbesserungsvorschläge hat, diese im Kabinett einzubringen.

Im Januar forderte die FDP eine Sondersitzung des Bundestages, um über die Corona-Politik zu debattieren. Ihre Fraktion hat das mit dem Hinweis abgelehnt, der Gesundheitsausschuss tage ja. Aber diese wesentlichen Fragen gehören doch ins Parlament!

Und da waren sie! Der Ausschuss ist Teil des Parlaments. Ich finde es falsch, dass wir Abgeordneten in der Corona-Krise bislang kaum etwas mitentscheiden können, es ist aber so. Während wir die Bevölkerung aufrufen, möglichst wenig zu reisen, sollten wir 700 Abgeordnete durch die Republik fahren lassen, ohne dass sie einen einzigen Beschluss fassen können? Wir fanden es verantwortungsvoller, nur die Fachleute aus den Ausschüssen früher zurückzuholen und über das, was Bund und Länder beschließen, dann offen zu diskutieren, wenn alle wieder in Berlin sind. Nach der Ministerpräsidentenkonferenz hatten wir deshalb eine Regierungserklärung verlangt. Es hat mich wahnsinnig geärgert, dass sich die Kanzlerin geweigert hat und stattdessen nur Interviews gab.

Die Kanzlerin hat sich in der vergangenen Woche mehrfach Fragen gestellt, auch im Fernsehen. Haben Sie die Auftritte überzeugt?

Nein, nicht wirklich, auch wenn ich ihren grundsätzlichen Kurs für richtig halte. Aber ich hätte mir mehr Selbstkritik gewünscht. Es ist doch einiges schiefgegangen.

Was konkret?

Es war im vergangenen Sommer klar, dass eine zweite Welle kommt, wenn wir nicht aufpassen. Da ist zu wenig vorbereitet worden. Schon damals hätte man mehr Schnelltests besorgen, mehr Luftfilter in Schulen verbauen sollen. Auch das Personal der Gesundheitsämter hätte aufgestockt werden müssen. Im Herbst hätte es dann frühere Be-

„Wir müssen weltweit impfen – sonst holen uns die Mutanten wieder ein“



MARLENE GAWRICH / WEL

Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter wehrt sich gegen den Vorwurf, dass seine Partei den Regierungskurs unkritisch unterstütze. Er warnt vor schnellen Lockerungen und fordert eine globale Impfkampagne – auch aus „deutschem Interesse“

schränkungen gebraucht, um die Kontrolle über das Virus nicht zu verlieren. Was mich wirklich umtreibt, ist, dass im vergangenen Jahr einige strukturelle Defizite deutlich geworden sind. Behörden waren nicht innovativ und flexibel genug, Deutschland ist digital nicht gut aufgestellt. Das müssen wir nach der Krise dringend angehen.

Am kommenden Mittwoch tagen die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin erneut. Die Stimmen, die nach dem 14. Februar Lockerungen fordern, werden lauter. Halten Sie das für vertretbar? Ich kann nur davor warnen, die Fehler von Sommer und Herbst zu wiederholen und sich in falscher Sicherheit zu wiegen. Wir brauchen nachhaltige Lockerungen, keine vorschnellen. Wir müssen erst ein klares Bild von der Verbreitung der mutierten Viren haben. Ich warne deshalb davor, übereilt zu handeln. Sonst bekommen wir nach der zweiten ganz schnell eine dritte Welle.

Und zwar nicht in Ausnahmefällen, sondern in relevanter Anzahl. Angesichts dieser Entwicklung jetzt schnell weitgehend zu öffnen wäre absurd. Die Zahlen müssen kontrollierbar bleiben.

Die Diskussion über die Pandemie ist auch in Europa jeweils aufs eigene Land fixiert. Wir erleben aber eine weltweite Ausbreitung. Kann man die Pandemie weltweit überhaupt unter Kontrolle bringen?

Das müssen wir sogar. Solche Mutationen können ja immer wieder entstehen, überall. Und die finden dann auch den Weg über den Globus, das war bei der Spanischen Grippe vor hundert Jahren nicht anders. Das bedeutet, dass uns überhaupt nicht geholfen ist, uns beim Impfen nur auf Europa zu konzentrieren.

Sondern?

Wir müssen weltweit impfen – 7,8 Milliarden Menschen, so schnell es geht. Sonst holen uns die Mutanten wieder

Deutschland sollte das mit auf den Weg bringen. Wir brauchen 6,2 Milliarden Dosen, dann wären 80 Prozent der Weltbevölkerung geimpft. Wir haben vier sehr große Impfstoffhersteller weltweit: Merck, Serum Institute of India, Sanofi und GSK. Die müssten jetzt richtig stark in die Impfstoffproduktion mit einbezogen werden und schnell umrüsten. Es sollten auch neue Anlagen finanziert werden. Eine weltweite Bekämpfung ist ein Gebot globaler Gerechtigkeit und liegt im deutschen Interesse. Sonst schwappen die Mutanten zurück. Das würde zu einem ewigen Zirkel führen. Wir müssen schneller impfen, als das Virus mutiert. Es macht einen Unterschied, ob die Welt bis Ende 2022 durchgeimpft ist oder, wie es jetzt aussieht, erst 2024. Das wäre zu spät.

US-Präsident Joe Biden hat den Export von Impfstoffprodukten de facto gerade untersagt. Er lässt nur für das eigene Land produzieren.

Ich bin froh, dass Donald Trump weg ist, aber nur national zu agieren ist ein schwerer Fehler. Es wäre auch aus geopolitischen Gründen wichtig, die weltweite Impfstoffproduktion nicht nur autoritären Staaten wie China und Russland zu überlassen. Der demokratische Westen muss da mithalten.

Im Moment schaffen wir aber nicht mal das, was wir uns im eigenen Land vorgenommen haben. Es gibt jetzt Hunderte von Impfstoffzentren. Aber viel zu wenig Impfstoff.

Wir hätten Produktionsanlagen schon vergangenes Jahr umfassender umrüsten müssen. Das geht in sechs Monaten, manchmal schneller. Dafür hätte man sehr viel mehr Geld auf den Tisch legen müssen. Da wurde am falschen Ende gespart.

Sollten die EU und die Bundesrepublik sich jetzt um russischen Impfstoff bemühen?

Je größer das Impfstoffportfolio ist, desto besser. Wir sollten aber beim Prinzip bleiben: Impfstoffe bei uns brauchen eine ordnungsgemäße Zulassung für Europa. Ich will, dass sich alle impfen lassen wollen. Dafür braucht es größtmögliche Sicherheit. Nur die stärkt das Vertrauen in die Impfung.

Der Lockdown hat erhebliche wirtschaftliche, soziale, psychische und medizinische Konsequenzen. Die Menschen gehen weniger zum Arzt. Krankheiten werden verschleppt. Vereinsamung nimmt zu. Muss man das nicht in eine Gesamtbewertung einbeziehen?

Ja, das ist richtig. Aber es ist ja in vielen Fällen nicht der Lockdown, sondern die Angst vor dem Virus, die die Menschen beispielsweise nicht zum Arzt gehen lässt. Deshalb braucht es Aufklärung: Die Menschen müssen weiter zur Vorsorge gehen, was sicher möglich ist. Es ist auch gut, dass es mehr Hilfsangebote per Telefon gibt. Wir dürfen nicht vergessen: Wenn wir im Frühjahr in eine dritte Welle laufen würden, hätten die Leute noch mehr Angst und stünden vor noch größeren Problemen. Dann käme wieder ein Lockdown. Das müssen wir unter allen Umständen vermeiden.

Keine Experimente

SPD-Kanzlerkandidat Scholz nennt seine „Zukunftsmissionen“ für die Wirtschaftspolitik. Seine Schlagworte könnten aber auch von Union oder Grünen kommen

Die Bühne gehört jetzt Olaf Scholz. SPD-Chefin Saskia Esken überlässt sie ihm überraschend bereitwillig. Der Kanzlerkandidat werde nun die Konzepte vorstellen, mit denen die SPD in den Wahlkampf gehen wolle, sagt Esken am Sonntag im Willy-Brandt-Haus, wo der SPD-Vorstand zu Beginn des Wahlkampfs in Klausur tagt. Er sei „der beste Mann“, um diese Konzepte an der Spitze einer progressiven Regierung dann auch umzusetzen. Seit August 2020 ist der Vizekanzler der Kanzlerkandidat der Partei. Zunächst blieb es vage, mit welchen Inhalten er die Aufholjagd für die SPD gewinnen will. Doch nun übernimmt er auch inhaltlich voll das Rudel.

VON RICARDA BREYTON UND NIKOLAUS DOLL

„Schönen Dank für die Möglichkeit, ein paar Dinge vorzustellen“, antwortet nun Scholz auf Esken. Nur um sogleich seinen Anspruch auf Führung darzustellen. Um diese nämlich gehe es, sagt er, als er darüber spricht, worauf es in diesem Land eigentlich ankomme. „Es geht darum, dass nicht allgemein irgendwer irgendwas macht.“ Es brauche eine konzentrierte Anstrengung, bei der das ganze Kabinett in die gleiche Richtung marschiere und dafür auch das Land mit einstimme. Und Ideen.

Es ist keine einfache Ausgangssituation für die Partei. Zwar werden die Genossen nicht müde zu betonen, gut aufgestellt zu sein für das Wahlkampfjahr. Ihr Kanzlerkandidat habe bereits gezeigt, dass er Bundesregierung kann – im Gegensatz zu allen anderen Bewerbern von Grünen und Union, die derzeit als Kanzlerkandidaten im Gespräch sind. Bei Umfragen zur Politikerbeliebtheit rangiert er regelmäßig auf den oberen Plätzen. Außerdem sind die Sozialdemokraten so früh dran wie keine andere Partei: Als Einzige haben sie bereits einen Kanzlerkandidaten aufgestellt. Am Programm arbeiten sie schon seit Monaten. Allerdings sehen die Umfragen die SPD derzeit noch immer weit hinter der Union, auch hinter den Grünen. Und die Frage ist: Wie will Scholz das drehen?

„Respekt“, „Europa“, „Zukunft“ – das sind die Schlagworte, mit denen er seit Monaten sein Programm umreißt. Bislang war das nicht allzu konkret. An diesem 7. Februar geht er nun aber erstmals ins Detail: 15 Minuten lang fächert er auf, was ihm wichtig ist. Den Fokus legt er auf die Wirtschaftspolitik – mit vier Zukunftsmissionen, wie er es nennt.

Den Klimawandel könne man erstens nur aufhalten, wenn man die wirtschaftliche Innovation vorantreibt, sagt

Scholz. Um den Ausbau der erneuerbaren Energien müsse es gehen; es brauche mehr Wasserstoffindustrie auch in Deutschland. Die leidige EEG-Umlage will er abschaffen, damit sie nicht mehr „zur Last“ werde für Unternehmen und Verbraucher. Auch die klimafreundliche Mobilität müsse, zweitens, ausgebaut werden. Es müsse doch klappen, dass der Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos funktioniert.

Drittens spricht er über den Ausbau der Digitalisierung: Jeder brauche einen guten Internetanschluss. Gerade die Krise habe gezeigt, dass Deutschland hier hinterherhinkte. Die Schulen seien nicht ausreichend ausgestattet, die Gesundheitsämter nicht richtig angebunden. Alle sprächen davon, dass Digitalisierung wichtig sei. „Es kommt darauf an, dass es gemacht wird.“ Viertens müsse das Gesundheitssystem weiterentwickelt werden, ebenso die Spitzenforschung im Gesundheitsbereich. Auch mit staatlicher Hilfe. Die Entwicklung zweier Impfstoffe in Deutschland habe gezeigt, was Grundlagenforschung hierzulande kann. Es ist eine Rede, die niemand verprellen dürfte, fast könnte man Adenauers Slogan bemühen: „Keine Experimente.“ Zumindest keine großen. Auf mehr Staatsbeteiligung pocht Scholz – und grenzt sich damit von der Union ab. Aber nicht zu sehr. Ein Plä-

doyer für eine grundlegende Umwandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse findet sich nicht.

Mehr Rücksicht auf soziale Belange beim Klimaschutz fordert Scholz – und geht damit auf Distanz zu den Grünen. Die aber nicht zu groß ausfällt. Eine scharfe Attacke auf den möglichen späteren Koalitionspartner ist das nicht. Das hatte zuvor Lars Klingbeil über-



Die SPD ist für Olaf Scholz die Partei der „gesamtwirtschaftlichen Vernunft“

nommen, was auch sein Job ist als Generalsekretär: Die Union verharre im Status quo, habe keine Ideen mehr für das Land, sagte Klingbeil. Die Grünen wiederum seien eine Partei, „die zwar alles besser weiß“ und alles anders machen wolle. Sie sage aber nie, wie das konkret gehen solle. Scholz selbst streift die Konkurrenz nur am Rande.

ein. Wir haben Millionen Erkrankte weltweit, das bedeutet aus biologischer Sicht: Billionen Möglichkeiten zur Mutation. Bisher hatten wir Glück. Der US-Impfstoff schützt auch vor der Variante aus Südafrika. Aber das kann sich alles ändern. Es können sich auch Varianten entwickeln, gegen die uns der bisherige Impfstoff nicht schützt.

Sie fordern einen weltweiten Impfplan?

Ja. Das wäre eine Aufgabe für die G 20.

Von der Auftaktklausur müsse das Signal ausgehen: „Wir sind die Partei der gesamtwirtschaftlichen Vernunft“ – das hatte im Vorfeld ein Mitglied des Parteivorstands gesagt. Man Sorge dafür, dass sich das Leben für die vielen bessert. Das Programm ist vernünftig, staatstragend, pragmatisch, wie es die SPD so oft ist. Aber es bedeutet auch: keine Experimente. Es ist ein „Weiter so“ der GroKo – nur ohne die Union.

Das mag auch daran liegen, dass Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in vielen Punkten sozialdemokratische Politik betrieben hat. Aber man fragt sich, warum man SPD wählen soll, wenn es darum geht, die Digitalisierung vorantreiben oder das Gesundheitssystem zu modernisieren. Oder Deutschland bis spätestens 2050 zu einem klimaneutralen Land zu machen. Das ist schließlich erklärtes Ziel dieser Bundesregierung, also auch der Union. Das bedeutet nichts anderes als die Umsetzung dessen, was die EU-Kommission im Rahmen ihres „Green Deal“ ohnehin klar vorgegeben hat. Was das Team Scholz jetzt zur Auftaktklausur präsentiert,

EBENSO WIE DIE BELANGE DER ARBEITNEHMER. Diese müssten stets berücksichtigt werden, wenn man die Innovationen vorantreibt, sagt der Kanzlerkandidat. In der Rede bleibt der Aspekt aber beiwerk.

könnte von den Schlagworten her auch von CDU/CSU und den Grünen kommen, vermutlich sogar von der FDP. Die SPD wird in den kommenden Wochen klarmachen müssen, ob und wo die Unterschiede in der Umsetzung dieses Programms zur Union und den Grünen sind. Denn ohne Alleinstellungsmerkmal gewinnt man keine Wahlen.

Genossen in Bund und Ländern sind dennoch zufrieden mit dem Programm. „Wenn wir die Ausbreitung von Corona im Griff haben, werden uns darum kümmern müssen, Arbeitsplätze zu erhalten und gegebenenfalls Unternehmen zu unterstützen“, sagt SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese WELT. „Hier sind wir als SPD gefordert – und der Staat ist es als Ganzes. Wir stehen vor einer Investitionslücke, die müssen wir auch mit staatlicher Liquidität füllen. Nur so gelingt ein neuer Aufschwung.“ Der künftige SPD-Landeschef in Nordrhein-Westfalen, Thomas Kutschaty, sagt: „Olaf Scholz wird schnell zeigen, dass er bei der Bundestagswahl auch für Nordrhein-Westfalen der beste Kanzlerkandidat ist.“ Die Infrastruktur von morgen brauche jetzt einen Schub. „Gerade der Aufbau einer modernen Wasserstoffindustrie, die eine CO₂-neutrale Produktion beim Stahl und in der Chemie ermöglicht, bietet unserem Bundesland neue Chancen.“

Mitarbeit: Kristian Frijel

Alain Minc, 71, ist Frankreichs graue Eminenz. Der 71-Jährige hat in seiner Karriere nie einen exponierten Posten eingenommen, weder in der Wirtschaft noch in der Politik. Aber seit Jahrzehnten berät er Frankreichs Präsidenten und die Manager des CAC 40, dem französischen Leitindex.

VON MARTINA MEISTER
AUS PARIS

Er empfängt zum Gespräch in seinem großräumigen Büro auf einer der teuersten Avenuen von Paris. An der Wand zwei lebensgroße Fotos des irischen Schriftstellers Samuel Beckett, aufgenommen von Richard Avedon. Minc ist Deutschlandkenner. Obwohl seine vier Großeltern während des Holocaust ermordet wurden, hat er 2013 mit seinem Buch „Vive l'Allemagne!“ ein Loblied auf das „demokratischste und gesündeste Land Europas“ gesungen.

WELT: Monsieur Minc, Angela Merkel wird bald die politische Bühne verlassen. Wie bewerten Sie ihre Amtszeit?
ALAIN MINC: Immer, wenn es um die Bilanz von Angela Merkel geht, wird behauptet, sie sei die große Dame des Konsenses. Das ist sie, aber gleichzeitig hat sie immer wieder und manchmal wie aus Versehen einen ungeheuerlichen Autoritarismus an den Tag gelegt: als sie nach Fukushima plötzlich und brutal den Atomausstieg beschließt; als sie die Parole *Wir schaffen das* ausgibt und eine Million Migranten aufnehmen will; als sie allein beschließt, den europäischen Wiederaufbauplan zu unterstützen. Viele sitzen dem Irrtum auf, dass das deutsche System wegen seines Konsenszwanges zu politischer Machtlosigkeit verurteilt ist. Diese drei Entscheidungen, die Merkel im Alleingang getroffen hat, zeigen, dass dies nicht stimmt, denn sie werden Deutschland über Jahrzehnte prägen.

Die Wahl des CDU-Vorsitzenden hat in Frankreich kaum Beachtung gefunden. Warum eigentlich nicht? Dieses Ereignis hat international insgesamt nicht die Aufmerksamkeit bekommen, die es verdient hätte. Schließlich war es doch die Wahl des wahrscheinlichen Nachfolgers unser aller Chefin. Natürlich heißt das nicht, dass Armin Laschet der neue Chef Europas sein wird. Ich glaube, das wird Emmanuel Macron sein, sollte er, was ich hoffe, wiedergewählt werden.

Wieso ist Armin Laschet in Ihren Augen die Idealbesetzung?
Weil er ein Rheinländer und damit weniger der Nachfolger von Merkel als der von Helmut Kohl ist. Wie dieser ist er Richtung Westen ausgerichtet. Und wir Franzosen haben Interesse daran, dass Deutschland nach Westen blickt. Ein Rheinländer ist ein Vertreter des Europas der Karolinger. Insofern hat auch Wladimir Putin uns Franzosen einen guten Dienst erwiesen, weil er dafür gesorgt hat, dass Merkel, die eine tiefere Verbindung zum Osten hat, stärker Richtung Rhein geblickt hat.



Anderere Perspektive: Was viele für Angela Merkels größte Errungenschaften halten, sind für Alain Minc Zeichen des Autoritarismus

„Merkel hat ungeheuerlichen Autoritarismus an den Tag gelegt“

Für Frankreichs graue Eminenz Alain Minc ist Angela Merkel Madame Autoritaire. Der Wirtschaftswissenschaftler und Bestsellerautor geht hart mit Deutschland ins Gericht

In Deutschland fragen sich viele, ob er die Statur eines Kanzlers hat ... Helmut Kohl hat mir mal gesagt, sein größter Trumpf sei gewesen, dass man ihn maßlos unterschätzt habe. Immer, wenn ein neuer Kanzler gewählt wird, bestehen Zweifel. Das galt für Kohl, für Gerhard Schröder und in noch größerem Maß für Merkel.

Sie sind ein glühender Befürworter des Wiederaufbauplans. Viele Deut-

sche ärgert es, dass sie eines Tages für die Schulden anderen werden geradestehen müssen. Vor allem der Blick nach Italien macht sie fassungslos. Haben Sie dafür Verständnis? Man kann den Plan in vier Worte fassen: Macron wollte, Merkel konnte. Sie hätte nicht gekonnt, wenn er nicht gewollt hätte – und umgekehrt. Es ist fatal, dass die Regierungskrise in Italien jetzt dem konservativsten und egoistischsten Teil der öffentlichen Meinung in Deutsch-

land Argumente liefert. Jemand, der so erfahren ist wie Matteo Renzi, hätte das bedenken müssen. Den Deutschen zu zeigen, dass Italien genau dem Abziehbild ähnelt, das sie sich von den Italienern machen, war gelinde gesagt ungeschickt. Renzi spielt mit dem Feuer. Aber es geht um das Ansehen Italiens: Man kann nicht den Plan fordern und ihn dann vermessen. Das Spiel mit 200 Milliarden muss jetzt aufhören.

Versuchen Sie doch mal, den „konservativen und egoistischen“ Teil der Deutschen vom Recovery Plan zu überzeugen. Was sind Ihre Argumente? Die Deutschen wollen einfach nicht begreifen, dass sie die größten Profiteure des Euro sind, viel mehr als alle anderen. Dank der Südländer der EU ist der Euro unterbewertet, was der deutschen Industrie einen sagenhaften Wettbewerbsvorteil gibt. Die konservativeren Deutschen halten den Euro für eine Last, obwohl er in Wahrheit ein unschätzbare Wirtschaftsanreiz ist. Denn die Deutsche Mark wäre heute auf dem Niveau des Schweizer Franken, und Mercedes könnte kein einziges Auto exportieren. Leider war das kein Thema, als die Debatte um den Wiederaufbauplan lief. Irgendjemand müsste das mal den Deutschen klarmachen. Jens Weidmann wird das jedenfalls nicht sein. Schade eigentlich, dann wäre Herr Weidmann endlich mal zu etwas nütze.

Ist er in Ihren Augen kein guter Bundesbankpräsident?
Nein, ist er nicht. Ein miserabler Präsident ist er. Er hat sich innerhalb der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Monsieur „Non“ entwickelt. Niemand redet mehr mit ihm, weil er sowieso Nein sagt. Weidmann ist die außerordentliche Leistung gelungen, das Schwergewicht Deutschland innerhalb der EZB zum Verschwinden zu bringen.

Deutschland wird die Aussetzung des Stabilitätspaktes nicht ewig mittragen ... Die eigentliche Debatte, und sie ist in meinen Augen unvermeidlich, wird um gute und schlechte Schulden gehen. Mario Draghi hat sie bereits angeregt. Natürlich können wir uns nicht dauerhaft verschulden, um die Gehälter unserer Beamten zu zahlen. Doch angesichts von Null- oder Negativzinsen müsste sich jeder uneingeschränkt verschulden dürfen, solange es die Produktivität des eigenen Wirtschaftssystems verbessert. Der Unterscheidung zwischen guten und schlechten Schulden wird sich bald durchsetzen. Die deutschen Grünen haben das verstanden. Sie sind keine Preddiger des Ordoliberalismus.

Frankreichs Zukunft hängt mit anderen Worten auch vom deutschen Koalitionspartner ab? Solange es die Sozialdemokraten oder die Grünen sind, mache ich mir keine Sorgen. Ärgerlich wäre es, wenn die CDU mit den Liberalen eine Koalition bilden müsste, weil die FDP auf die Rückkehr zum strengen Wirtschaftsdogma drängen wird, was innerhalb der EU zu harten Konfrontationen führen würde.

Das Urteil über Donald Trump steht so gut wie fest

Amtsenthobungsverfahren sind auch politische Verfahren. Das zu wissen reicht, um vorauszusagen, wie das zweite Impeachment gegen den Ex-Präsidenten ausgeht

Ein Impeachment ist seiner Form nach juristisch, das heißt: Die Anklageerhebung im Repräsentantenhaus – die erste Etappe – entspricht der Anhörung vor einer Grand Jury. Diese Anhörung muss weniger strikten Standards genügen als das eigentliche Verfahren. Und es reicht, dass eine (noch so knappe) Mehrheit am Ende die Hand hebt. Schließlich geht es nur darum herauszufinden, ob die Staatsanwaltschaft genügend Beweise vorlegen kann, um dem Angeklagten den Prozess zu machen.

VON HANNES STEIN
AUS NEW YORK

Die zweite Etappe des Impeachments entspricht dann exakt dem Gerichtsverfahren, wie man es aus amerikanischen Filmen kennt. Die Senatoren spielen dabei die Rolle von Geschworenen. Der Unterschied zu einem regulären amerikanischen Prozess besteht nur darin, dass ihr Votum nicht einstimmig ausfallen muss. Zwei Drittel der Stimmen genügen. Denn es geht nur um die Frage, ob der Beschuldigte im Amt verbleiben darf – oder ob er jemals wieder für ein öffentliches Amt kandidieren darf.

Um Bestrafung geht es nicht. Donald Trump müsste auch dann nicht ins Gefängnis, wenn eine Zweidrittelmehrheit

im US-Senat zu dem Schluss käme, er habe sich „des Verrats, hoher Verbrechen oder Vergehen“ schuldig gemacht. Übrigens sind alle diese Termini – außer dem Begriff „Verrat“, der von der amerikanischen Verfassung sehr eng ausgelegt wird – bewusst vage definiert. Verfassungsrechtler streiten bis heute über ihre Bedeutung.

Klar ist allerdings, dass die Gründungsväter der amerikanischen Republik das Amtsenthebungsverfahren bewusst nicht in der Sphäre der Gerichte angesiedelt haben, sondern in der der gewählten Vertreter des amerikanischen Volkes. Eigentlich sollte der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs über das Senatsverfahren präsidieren, aber das ist eine rein zeremonielle Funktion: Er hat dort nichts zu sagen. Der Oberste Richter, John Roberts, ließ bereits ausrichten, dass er als Zeremonienmeister nicht zur Verfügung steht. An seiner Stelle wird Senator Patrick Leahy – ein Demokrat aus Vermont, der als vorläufiger Senatspräsident fungiert – das Verfahren leiten.

Die Zahl der Präsidenten, die mit einem Amtsenthebungsverfahren aus dem Weißen Haus vertrieben worden sind, beträgt weiterhin null. Der erste Präsident, gegen den ein Impeachment eingeleitet wurde, war Andrew Johnson aus Tennessee (1868). Das Verfahren

scheiterte im Senat an einer fehlenden Stimme. Der zweite Präsident war Bill Clinton (1998). Sein Verfahren endete mit einem deutlichen Freispruch vor dem Senat, obwohl das Delikt – Clinton hatte unter Eid den Kongress belogen – zweifelsfrei bewiesen wurde. Donald Trump ist der erste Präsident, dem es gelungen ist, zwei Mal mit einem Amtsenthebungsverfahren belegt zu werden. Beim ersten Mal ging es darum, dass er seine Position als Präsident missbraucht haben sollte, um eine ausländische Macht – die Ukraine – zu erpressen, damit sie ihm innenpolitisch im Wahlkampf hilft. Jenseits aller Zweifel war klar, dass der Vorwurf stimmte. Der Mitschnitt seines Telefongesprächs mit dem ukrainischen Präsidenten Zelensky war öffentlich. Aber der Senat wurde von den Republikanern dominiert, und so sprach der Senat ihn frei.

Der Vorwurf im zweiten Impeachment gegen Donald Trump lautet, in einem Wort zusammengefasst: Aufruhr. In ihrer Anklageschrift spricht die Mehrheit der Abgeordneten des Repräsentantenhauses von einem „Treachery“ – Unterbrechung von historischen Ausmaßen“. Unter Berufung auf die Verfassung stellt sie die rhetorische Frage: „Wenn es kein mit Amtsenthebung zu bestrafendes Vergehen ist, dass jemand einen aufrührerischen Mob gegen eine Kongressver-

sammlung von Repräsentantenhaus und Senat aufhetzt, nachdem er eine Wahl verloren hat – was dann?“

Gegen Richard Nixon wurde nie ein Amtsenthebungsverfahren eröffnet. Es war nicht nötig: Nachdem klar wurde, welcher Verbrechen er sich als Präsident schuldig gemacht hatte, brach seine Partei – die republikanische – mit ihm. Es genügte, dass zwei Senatoren und ein Abgeordneter des Repräsentantenhauses ihn im Weißen Haus besuchten (1974) und ihm eröffneten, das Spiel sei aus – Nixon verkündete seinen Abschied.

Obwohl ein Amtsenthebungsverfahren ein politisches, kein juristisches Verfahren ist, lässt sich der beschuldigte Präsident dabei von Anwälten vertreten. Sein erstes Anwaltsteam hat Donald Trump bereits gefeuert. Die Strategie jenes Teams hätte darin bestanden, das Impeachment für überflüssig zu erklären – schließlich befände Trump sich gar nicht mehr im Amt. Aus juristischer Sicht ein höchst zweifelhaftes Argument. Zum einen gibt es einen Präzedenzfall – William Belknap, der im Kabinett von Ulysses S. Grant als Kriegsminister diente, wurde wegen Bestechlichkeit seines Amtes entlassen, nachdem er (unter Tränen) schon entsagt hatte. Zum anderen wurde das Impeachment gegen Trump eingeleitet, als er noch Präsident war.

Aber Donald Trump wollte ohnehin keine defensive, sondern eine offensive Strategie: Er hält nach wie vor an der Behauptung fest, er – nicht Joe Biden – habe 2020 die Wahl gewonnen. Donald Trumps neues Anwaltsteam argumentiert darum so: Der 45. Präsident habe, als er den Mob aufputschte, um auf das Kapitel zu marschieren, lediglich von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht. Aber auch hier ist Skepsis angebracht. Laut einem Grundsatzurteil des Obersten Gerichtshofes („Brandenburg v. Ohio“, 1969) ist es in den Vereinigten Staaten zwar erlaubt, zum Sturz der Regierung aufzurufen. Aber wenn auf einen Aufruf zur Gewalt „sofortige ungesetzliche Handlungen“ folgen, kann man sich nicht auf das Recht auf freie Meinungsäußerung berufen.

Wer wissen will, wie das Verfahren gegen Donald Trump ausgehen wird, muss sich lediglich vor Augen führen, wie die Republikanische Partei mit Liz Cheney und mit Marjorie Taylor Greene umgeht. Liz Cheney war eine von zehn republikanischen Kongressabgeordneten, die im Repräsentantenhaus dafür stimmten, ein Amtsenthebungsverfahren gegen Trump zu eröffnen. Die Folge: Sie wurde in der Republikanischen Partei geächtet und in ihrem Heimatstaat Wyoming offiziell gerügt. Anders

liegt der Fall bei Marjorie Taylor Greene. Die ist eine Kongressabgeordnete aus Georgia und glaubt an die antisemitische QAnon-Verschwörungstheorie. Es gibt ein Video von ihr, auf dem sie dazu aufruft, Blut zu vergießen. Sie verbreitet, dass es sich bei dem Massaker vom 11. September und verschiedenen Schulschießereien um vorgetäuschte Ereignisse gehandelt habe. Mitch McConnell, der Anführer der republikanischen Minderheitsfraktion im Senat, hat sich zwar jetzt von ihr distanziert. Aber werden sich mehr als ein Dutzend republikanischer Senatoren mit den Anhängern von Marjorie Taylor Greene anlegen? Wohl eher nicht.

Es gäbe für sie allerdings einen Ausweg: Die Regeln des Impeachment besagen, dass zwei Drittel der Senatoren, die körperlich im Raume anwesend sind, für die Amtsenthebung stimmen müssen. Blieben also – zum Beispiel – 20 republikanische Senatoren dem Spektakel fern, bräuhete man nur noch die Stimmen von 53 Senatsmitgliedern. Außer den 50 Demokraten könnten das die Stimmen der moderaten Republikaner Mitt Romney, Lisa Murkowski und Susan Collins sein. Aber auch zu einem solchen Manöver bräuhete es Mut. Und diesen Mut haben die Konservativen in den Vereinigten Staaten des Jahres 2021 bisher kaum bewiesen.

Es ist ein Experiment: Obwohl die Corona-Fallzahlen in Österreich weiterhin relativ hoch sind, lockert Wien ab diesem Montag die Zügel: Geschäfte, Museen und Friseure öffnen wieder, ebenso die Schulen. „In den letzten beiden Wochen sind unsere Ansteckungszahlen nicht mehr gesunken, weil sich immer weniger Leute an die Vorschriften halten und sich wieder nach mehr Freiheit sehnen“, begründete Österreichs Kanzler Sebastian Kurz in der WELT AM SONNTAG. Er fügte hinzu: „Es macht keinen Sinn, in einem strikten Lockdown zu verharran bei gleichzeitig sinkender Bereitschaft der Bevölkerung, mitzumachen.“ Sollten die Zahlen demnächst wieder ansteigen, müsse man die Kontaktbeschränkungen wieder hochfahren.

VON CHRISTOPH B. SCHILTZ
AUS WIEN

Kann Österreich mit seiner Strategie ein Vorbild für Deutschland sein? Die Bundesregierung will am Mittwoch über das weitere Vorgehen beraten. Weitere Lockerungen sind bisher aber nicht zu erwarten. Dabei warnen Psychologen und Wirtschaftsforscher mittlerweile immer stärker vor den Folgen strenger Lockdown-Maßnahmen wie in Deutschland. Epidemiologen und Immunologen, wie die Forscher Christian Drost und Melanie Brinkmann, sind dagegen strikt gegen Lockerungen. Das ist auch in Österreich so. Allerdings zeigten in der Alpenrepublik andere führende Mediziner Verständnis für den Lockdownkurs der schwarz-grünen Koalition in Wien. Wenn man der Realität ins Auge schaue, sagte etwa Gerald Gartlehner, Epidemiologe an der Donau-Universität Krems, müsse man festhalten, dass der Lockdown zuletzt nicht mehr die gewünschten Effekte gebracht habe. Es wäre zu befürchten gewesen, so Gartlehner, dass noch mehr Menschen einfach nicht mehr mitgemacht hätten.

Der bekannte Mikrobiologe Michael Wagner von der Universität Wien sagte ebenfalls, dass der rein epidemiologi-

schon Sicht auch wirtschaftliche und psychologische Argumente „und nachvollziehbare andere Argumente“ gegenüberstünden. Was Wagner meinte, zeigen die neuen Zahlen der europäischen Statistikbehörde Eurostat. Die Wirtschaft in Österreich ist im vierten Quartal gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 7,8 Prozent eingebrochen – schlechter war in der EU nur noch Spanien. Der Grund liegt vor allem im Rückgang des Tourismus.

Die Corona-Fallzahlen in Österreich sind weit entfernt von den selbst gesteckten Zielen der Kurz-Regierung. Die durchschnittliche Zahl der Neuinfektionen innerhalb einer Woche liegt derzeit bei 105 pro 100.000 Einwohner – angestrebt war dagegen eine Inzidenz von höchstens 50. Laut neuesten Zahlen vom Wochenende infizierten sich innerhalb von 24 Stunden 1333 Personen – Ziel der Regierung war, den Wert auf 700 zu drücken.

Für Kurz ist der vorübergehende Lockdownkurs die wohl schwerste Entscheidung seiner Amtszeit. Fast flehentlich appellierte er zuletzt an die Bevölkerung. „Bitte verstehen Sie die Lockerungen nicht als Entwarnung!“ Österreichs Kanzler weiß, dass es Kritik hagelt, wenn die Infektionszahlen demnächst wieder deutlich steigen sollten: „Wir sind uns vollkommen bewusst, dass es infolge unserer Politik der vorsichtigen Öffnung auch wieder zu einem Anstieg der Ansteckungszahlen kommen kann.“ Aber er weiß auch, dass ein Regierungschef das gesamtgesellschaftliche Wohl im Blick haben sowie Risiken und Chancen abwägen muss. Insofern zeigt Kurz durchaus Mut. „Wir nehmen hier ein Risiko“, sagte auch Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ). Es sei ein „Ritt auf der Rasierklinge“, betonte Hermann Schützenhofer (ÖVP), Landeshauptmann (Ministerpräsident) der Steiermark.

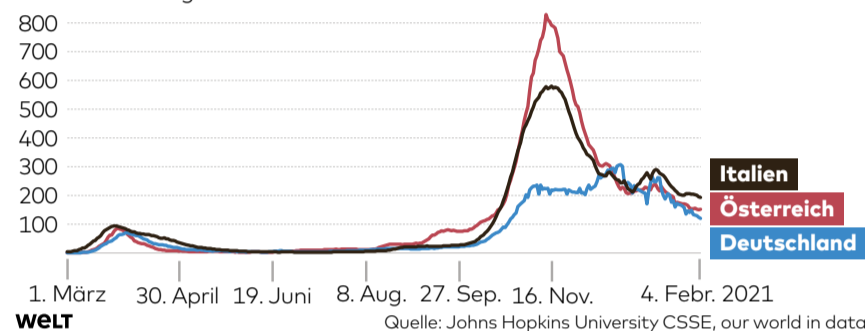
Wie sehen die Lockerungsmaßnahmen im Nachbarland nun genau aus? Alle Geschäfte öffnen wieder – es herrscht aber FFP2-Maskenpflicht, und für jeden Kunden müssen rechnerisch 20 Quadratmeter Platz sein. Für kleinere Geschäfte gilt die Ein-Personen-Regel.

Kanzler Kurz gibt müden Bürgern nach

Obwohl die Zahl der Corona-Infektionen in Österreich immer noch relativ hoch ist, lockert die Regierung den Lockdown. Dahinter steht ein bestimmtes Kalkül. Ein Vorbild für Deutschland?

Österreich lockert, Deutschland bremst

Tägliche Corona-Neuinfektionen pro eine Mio. Einwohner, rollierender 7-Tages-Schnitt



Masseure, Friseure und Kosmetiker dürfen wieder arbeiten – Kunden müssen aber einen negativen Corona-Test, der nicht älter sein darf als 48 Stunden, aus einem Testzentrum, vom Arzt oder aus einer Apotheke vorweisen. Wer in den vergangenen sechs Monaten bereits infiziert war, braucht keinen Test. Alle Grundschüler werden ab Montag in voller Klassenstärke wieder in der Schule unterrichtet, Unter- und Oberstufenschüler werden dagegen in zwei Gruppen aufgeteilt. In der Unter- und Oberstufe gilt Maskenpflicht, die älteren sind verpflichtet, FFP2-Masken zu tragen. In jeder Schule werden zudem „Miniteststraßen“ eingerichtet: Die Schüler müssen sich ein- bis zweimal pro Woche mit „Nasenbohrer-Schnelltests“ unter Aufsicht von Lehrern selbst testen. „Die Schule ist eine Herausforderung“, räumte Kurz ein. Auch Museen, Zoos und Bibliotheken öffnen wieder. Bis zu vier Erwachsene und sechs Kinder aus zwei Haushalten dürfen sich künftig im privaten Wohnbereich treffen, gleichzeitig werden die Strafen für Verstöße gegen die Corona-Regeln empfindlich erhöht und die Einreisebestimmungen verschärft.

Die Chefin der Sozialdemokraten, Pamela Rendi-Wagner (SPÖ), kritisiert den Kurs scharf: „Die Lockerungen über die Schule hinaus sind ein großes Risiko, weil die Infektionszahlen in Österreich nach wie vor zu hoch sind und die Zahl der Impfungen immer noch zu niedrig“, sagte sie WELT. Hinzu kämen die britischen und südafrikanischen Virusvarianten. „Das bedeutet, dass es in wenigen Wochen dazu kommen kann, dass die Infektionszahlen wieder stark ansteigen, es also zu einem exponentiellen starken Wachstum kommt und ein neuerlicher Lockdown in Österreich notwendig wäre.“ Es wäre richtig gewesen, so die Chefin der größten Oppositionspartei weiter, noch zwei bis drei Wochen durchzuhalten, um die Infektionen zu reduzieren, die Impfzahlen zu erhöhen und um allen Österreichern „Wohnzimmertests“ zur Verfügung zu stellen. „Die Regierung aus ÖVP und Grünen ist mit ihrer Entscheidung ein großes Risiko eingegangen. Ich hoffe,

dass sie dieses Risiko kontrollieren kann“, sagte die SPÖ-Chefin.

Die meisten Kommentatoren in Österreich begrüßten die kontrollierte Öffnung. So schreibt die im Allgemeinen regierungskritische Zeitung „Der Standard“ aus Wien: „Die psychische Ermüdung in der Bevölkerung ist zu groß, um den strengen Lockdown beizubehalten – vor allem, da sich die Infektionszahlen stabilisiert haben. Zwar auf einem etwas zu hohem Niveau, aber weit entfernt von den Horrormeldungen im Spätherbst.“

Das könnte sich aber bald ändern. Nach Angaben von Oswald Wagner, Vizerektor der Medizinischen Fakultät der Universität Wien und Mitglied des Covid-19-Expertenrats der Regierung, macht die um 30 bis 70 Prozent ansteigende britische Virusvariante B.1.1.7 mittlerweile allein in Wien bis zu 40 Prozent der Neuinfektionen aus. Das macht die jetzigen Öffnungsschritte so riskant.

„Es ist alles eher auf Sand gebaut“, sagt der Prognoseforscher und Physiker Peter Klimek. Der Experte erwartet, dass sich die britische Corona-Mutation noch im Februar durchsetzen wird. Wenn diese Variante eine Verdopplungszeit von nur einer Woche habe, „dann wären wir binnen einer Woche von einer Inzidenz von 100 auf 200 und so weiter“. Hinzu kommt, dass sich in Tirol, so die Innsbrucker Virologin Dorothee von Laer, ein „Tiroler Subtyp“ der südafrikanischen Corona-Variante B.1.351 ausbreite. Die neue Variante stellt die Mediziner vor drei Herausforderungen: Sie ist ansteckender, reagiert weniger auf Impfungen, und sie kann zu Reinfektionen führen. Bisher sind offiziell 165 Fälle nachgewiesen.

Kurz ahnt, was auf Österreich zukommen könnte. Die europäische Impfstoffbeschaffung verlaufe nur schleppend, und die Corona-Mutationen breiteten sich aus: „Ich bin mir sicher, dass die kommenden Monate noch extrem heftig werden“, sagte er am Wochenende. Unterdessen will die Regierung Grenzkontrollen zu Deutschland und weiteren Nachbarländern ab Montag massiv verschärfen.

ANZEIGE





**150 €
SOFORT-
RABATT**

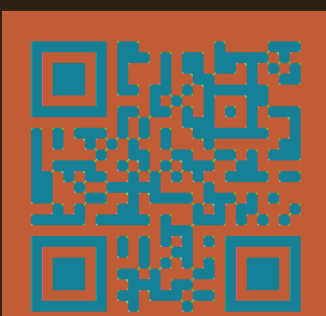
**gratis
Nikon
Akku**






TESTSIEGER
Stiftung Warentest **GUT (1,8)**
Im Test: Systemkameras von 1.000 bis 2.000 Euro
Produkt: Nikon Z 5 + NIKKOR Z 24-50 mm
Ausgabe 01/2021
www.test.de

AKTIONSZEITRAUM: 29.01.2021 – 15.02.2021
Aktionsbedingungen unter mynikon.de/sofortrabatt



Jetzt scannen &
Aktionsprodukte entdecken

FOTO ERHARDT

11 mal in Norddeutschland und unter www.foto-erhardt.de

Foto Erhardt GmbH · Gartenkamp 101 · 49492 Westerkappeln · info@foto-erhardt.de · www.foto-erhardt.de · Tel.: 05404/9633-0

KOMPAKT

GROSSBRITANNIEN

68 Prozent weniger Exporte in die EU

Die Exporte über britische Häfen in die EU sind einer Umfrage zufolge im vergangenen Januar um 68 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesunken. Das geht aus einer Befragung des Logistikverbands Road Haulage Association seiner internationalen Mitgliedern hervor, über die der „Observer“ am Sonntag berichtete. Verbandschef Richard Burnett hatte die britische Regierung in einem Brief auf die Probleme hingewiesen und beklagt, seine Branche sei trotz zahlreicher Warnungen über Monate hinweg weitgehend ignoriert worden. Obwohl auch die Corona-Pandemie für deutlich weniger Handel sorgt, macht der Verband vor allem die durch den Brexit entstandenen Formalitäten und Kontrollen für den drastischen Rückgang verantwortlich. Etliche Lastwagen blieben auf der Rückfahrt auf den Kontinent leer, da viele britische Unternehmen ihre Ausfahrten in die EU zeitweise oder vollständig ausgesetzt haben. Die rund 10.000 Zollmitarbeiter, die die neuen Formalitäten abwickeln müssen, seien gerade einmal ein Fünftel des Personals, das nach Schätzung des Logistikverbands notwendig wäre. Die British Ports Association bestätigte den massiven Einbruch der Ausfahrten.

DAIMLER-NUTZFAHRZEUGE

Betriebsratschef für Sperrminorität

Der Autokonzern Daimler soll nach dem Wunsch des Betriebsrats nach der geplanten Abspaltung eine Sperrminorität an seiner Nutzfahrzeugsparte behalten. Der Konzern habe weiter Verantwortung für das Lastwagen-Unternehmen, sagte Betriebsratschef Michael Brecht der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ („FAS“). Daimler müsse durch eine ausreichend große Aktienbeteiligung an dem neugeschaffenen Nutzfahrzeugunternehmen „zusätzlichen Schutz garantieren“, etwa vor einer unerwünschten Übernahme durch Finanzinvestoren. Daimler-Chef Ola Källenius zeigte sich dafür offen. „Falls draußen im Markt etwas passiert, was nicht im Sinne von Daimler Trucks wäre, dann sind wir da“, versicherte er in dem „FAS“-Doppelinterview. Er wollte sich aber nicht festlegen, wie hoch die Minderheitsbeteiligung sein wird und ob der Autobauer eine Sperrminorität von mehr als 25 Prozent an dem neuen Daimler-Nutzfahrzeugunternehmen halten wird. Mit einem solchen Anteil können Großaktionäre wichtige Entscheidungen wie etwa Satzungsänderungen blockieren.

BRASILIEN

Massenentlassungen für Ford verboten

Zwei brasilianische Arbeitsrichter haben dem US-Autobauer Ford Massenentlassungen bei der geplanten Schließung von Fabriken in dem südamerikanischen Land verboten. Die beiden Verfügungen wurden in der Nacht von Freitag auf Samstag erlassen, wie die Nachrichtenagentur Agência Brasil berichtete. Das Verbot gelte, solange es nicht zu erfolgreichen Verhandlungen mit einer Gewerkschaft gekommen sei. Dem Bericht zufolge legten die Richter in Taubaté im Bundesstaat São Paulo und in Camacari im Bundesstaat Bahia bei Zuwiderhandlung Geldstrafen von bis zu 100.000 Reais (circa 15.000 Euro) pro betroffenem Mitarbeiter fest. Ford kann gegen das Verbot Berufung einlegen. Der zweitgrößte US-Autobauer hatte im Februar die historische Entscheidung angekündigt, nach rund 100 Jahren Präsenz und zuletzt jahrelangen Verlusten die Produktion in Brasilien einzustellen und dort seine drei noch verbleibenden Werke zu schließen.



Schul-Lockdown: Die EU-Gelder sollten für die Digitalisierung im Bildungswesen verwendet werden, wünschen sich viele Bundesbürger

Kritik an Plan für EU-Milliarden

Deutschland bekommt viel Geld aus dem Wiederaufbaufonds. Noch mangelt es der Regierung an neuen Ideen, was damit geschieht – zum Verdruss von EU-Kommission und Wählern

Beim großen EU-Wiederaufbaufonds für die europäische Wirtschaft in der Corona-Krise ist Deutschland sehr genaue Vorstellungen davon, wie das Geld ausgegeben werden soll: vor allem für Klimaschutz und Digitalisierung. EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn hat sich mit den nationalen Regierungen und dem Parlament in langen Verhandlungen darauf geeinigt, wie die Verteilung der Mittel aussieht. So sollen mindestens 37 Prozent des Geldes in den Klimaschutz fließen und mindestens 20 Prozent in die Digitalisierung. Am Mittwoch wird das Europäische Parlament das Verhandlungsergebnis absegnen.

VON TOBIAS KAISER
AUS BRÜSSEL

Es geht um viel Geld: Deutschland kann nach Angaben der EU-Kommission in diesem Jahr mit Zuschüssen von 15,23 Milliarden Euro rechnen, die Finanzminister Olaf Scholz (SPD) nicht zurückzahlen muss. In 2023 sollen nach derzeitigem Stand noch einmal weitere 7,5 Milliarden fließen – der genaue Betrag

wird erst 2022 bestimmt. Die Verteilung dieser zweiten Tranche hängt davon ab, wie sich die Konjunktur in den Mitgliedstaaten bis dahin entwickelt. Brüssel hat sehr genaue Vorstellungen davon, wie das Geld ausgegeben werden soll: vor allem für Klimaschutz und Digitalisierung. EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn hat sich mit den nationalen Regierungen und dem Parlament in langen Verhandlungen darauf geeinigt, wie die Verteilung der Mittel aussieht. So sollen mindestens 37 Prozent des Geldes in den Klimaschutz fließen und mindestens 20 Prozent in die Digitalisierung. Am Mittwoch wird das Europäische Parlament das Verhandlungsergebnis absegnen.

Auch die deutsche Bevölkerung hat sehr genaue Vorstellungen davon, wie das Geld aus den europäischen Corona-Hilfen ausgegeben werden soll. Eine europaweite Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Kantar im Auftrag der Vodafone-Stiftung lieferte eine Prioritätenliste der Wähler: Demnach sollen die Milliarden vor allem für das Gesundheitswesen, kleine Unternehmen und digitale Bildung verwendet werden.

Investitionen in das Gesundheitswesen hielten 91 Prozent der in Deutschland Befragten für prioritär. Hilfen für kleine Unternehmen sahen 84 Prozent als wichtig an und langfristige Investitionen in die digitale Bildung 82 Prozent der Befragten. Genauso groß ist der Anteil derjenigen, die wollen, dass die Mittel des Fonds in die Sicherung von Arbeitsplätzen fließen.

An diese Prioritäten in der Bevölkerung hält sich die Bundesregierung nicht unbedingt. Am 16. Dezember legte die Bundesregierung den deutschen Entwurf des Aufbau- und Resilienzplans der EU-Kommission vor. Demnach will die Bundesregierung 42,7 Prozent der auf Deutschland entfallenden Mittel aus dem Wiederaufbaufonds in die Klimapolitik und die Energiewende stecken. Weitere 20,3 Prozent sollen für die Digitalisierung der Wirtschaft und Infrastruktur zur Verfügung stehen. Aber lediglich 4,9 Prozent sollen in die Digitalisierung der Bildung fließen.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Gerald Ullrich kritisiert denn auch die vorgesehene Verteilung. „Es ist viel zu wenig, wenn Deutschland nur 4,9 Prozent für die Digitalisierung der Bildung aus den Zuschüssen des EU-Wiederaufbaufonds ausgeben will. Dies wird den zahlreichen Herausforderungen im deutschen Bildungssystem in Zeiten von Corona nicht gerecht“, sagt der Obmann der Partei im Europaausschuss. Hinzu komme, dass die Bundesregierung mit den Mitteln für die digitale Bildung auch bereits beschlossene Maßnahmen finanzieren wolle. „Ein Großteil davon soll in den Ausbau der notwendigen digitalen Infrastrukturen im Rahmen der sogenannten Bildungsinitiative fließen, wie sie noch im Digitalpakt 2019 vorgesehen war“, sagt Ullrich. Dies erwecke den Eindruck, dass die Bundesregierung

den Herzstück des Plans, läuft an den Parlamentariern vorbei. Die Kommission kann die Verteilung der Mittel mit Durchführungsakten festlegen, die das Europäische Parlament nicht beeinflussen kann. Die Abgeordneten sind deshalb gezwungen, öffentlichen Druck aufzubauen, damit die Bundesregierung ihre Pläne von sich aus umschreibt. Auch von der Kommission kam offenbar bereits Kritik an den Plänen. Eine Warnung an die Bundesregierung und andere europäische Hauptstädte sandte jüngst zudem die Europäische Zentralbank (EZB). Deren Forscher hatten untersucht, welche Wirkung das Geld aus dem Wiederaufbaufonds in den europäischen Volkswirtschaften erzielen kann. Das Ergebnis: Der Corona-Plan könnte, wenn das Geld in die richtigen Investitionen fließt, die Wirtschaftsleistung in den EU-Ländern um bis zu 1,5 Prozent anheben. Wenn es allerdings falsch ausgegeben wird, sei der Effekt praktisch null.

„Das kann nicht der Ernst des Wirtschaftsministers sein“

Der Einzelhändlerverband sieht die Branche von Peter Altmaier im Stich gelassen. Öffnungen müssten schon früher möglich sein

Der Handel fordert vor der Ministerpräsidentenkonferenz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) eine baldige Öffnung aller Geschäfte. „Sicheres Einkaufen geht auch unter Pandemiebedingungen“, sagte Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands HDE, gegenüber WELT. Alle müssten lernen, mit dem Virus zu leben.

VON KARSTEN SEIBEL

„Dazu gehören Öffnungen, schon bevor der Inzidenzwert von 50 erreicht ist“, sagte Genth. Lebensmittelhändler und Drogerien bewiesen seit Monaten, dass dies unter Einhaltung strikter Hygiene- und Abstandsregeln möglich sei. Vier von fünf Kundenkontakten im Einzelhandel finden laut HDE im Lebensmittel- und Drogeriehandel statt. Kritik äußerte Genth in dem Zusammenhang an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), der in einem Interview mit „Bild am Sonntag“ davor warnte, sich „öffentlich mit Lockerungs-Fahr-

plänen zu überbieten“. Altmaier stellte zumindest der Gastronomie eine Öffnung erst in einhalb Monaten zum Frühlingsanfang, womöglich sogar erst Anfang April an Ostern in Aussicht. „Das kann nicht der Ernst des Wirtschaftsministers sein, ich erwarte, dass er sich für die Interessen der Wirtschaft einsetzt“, sagte Genth. Es gehe um die Existenz Tausender Unternehmen. „Einen Lockdown bis Ostern werden viele Geschäfte nicht überleben.“ Bis dahin würden die bislang ohnehin spärlich fließenden staatlichen Hilfen in keinem Fall reichen.

Genth begrüßte Stufenpläne für eine Öffnung, wie sie bislang von Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein vorgelegt wurden. Die Politik müsse damit aufhören, immer nur für den schlechtesten aller Fälle zu denken. „Wir brauchen klare Aussagen, wann die Maßnahmen unter Einhaltung strikter Hygiene- und Abstandsregeln wieder zurückgefahren werden“, sagte Genth. Dabei müssten alle möglichen Szenarien zugrunde gelegt werden,

nicht nur ein „Worst-Case-Szenario mit stark exponentiellem Infektionsanstieg durch Virusmutationen“.

Seine Forderungen formulierte der Handelsverband auch in einem Brief an Bundeskanzlerin Merkel. Der Lockdown ganzer Wirtschaftsbereiche müsse, „durch ein intelligentes Konzept zielgenauer und regional differenzierter Einzelmaßnahmen zur wirksamen Virus Eindämmung ersetzt werden“, heißt es in dem Brief, der WELT vorliegt.

Auch der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) verlangt für den kommenden Mittwoch dringend eine Perspektive für seine Mitgliedsunternehmen. „Wenn die Infektionslage es zulässt, müssen auch wir rechtzeitig vor Ostern öffnen dürfen“, sagte Hauptgeschäftsführerin Ingrid Hartges gegenüber WELT. Vor allem komme es ihr auf bundeseinheitliche Öffnungsschritte an. Nur so lasse sich die Akzeptanz der Beschränkungen bei den Gästen und den Unternehmern erhöhen. Zentral ist und bleibt aus Sicht des Gastgewerbes die Einhaltung des Min-

destabstands. Darüber hinaus gehende Kriterien wie Belegungsquoten hätten sich als wenig praktikabel erwiesen und brächten keine Vorteile für den Infektionsschutz.

„Auch Angebote wie Buffets, Wellness, Pool und Sauna müssen möglich sein, wenn Mindestabstand und Hygieneregeln eingehalten werden“, heißt es dazu in den „Dehoga-Leitlinien für einen erfolgreichen Re-Start des Gastgewerbes“. Inbegriffen seien Maßnahmen wie das regelmäßige Stoßlüften von Räumen und auch leistungsfähige Lüftungsanlagen. Begrenzte Öffnungszeiten hätten dagegen keine positive Wirkung auf das Infektionsgeschehen in der Gastronomie. „Das Infektionsrisiko ist nicht abhängig von der Tageszeit, und längere Öffnungszeiten tragen sogar zu einer Entzerrung der Gästenachfrage und damit zur Kontaktreduzierung bei“, heißt es weiter. Kehrseite einer kürzeren Öffnungszeit: Wenn die Bars und Kneipen geschlossen hätten, verlagerten sich die Treffen in den unkontrollierten, privaten Bereich.

mit dem Geld aus dem EU-Wiederaufbaufonds vor allem die Lücke im Bundeshaushalt in der Finanzierung der digitalen Bildung zu schließen versuche.

Tatsächlich verletzt das den Geist des Wiederaufbaufonds. Zwar dürfen Mitgliedstaaten das Geld für Projekte einsetzen, die seit Beginn des Pandemieausbruchs in Europa im Februar 2020 beschlossen wurden. Die Kommission, die den Geldtopf verwaltet und die nationalen Pläne beurteilt, betont jedoch, dass das Geld aus dem europäischen Fonds keine laufenden Ausgaben ersetzen solle. Stattdessen sollten neue Investitionen finanziert werden, die sonst nicht stattgefunden hätten.

Auch in Brüssel wird die rückwärtsgerandete Mittelverwendung kritisiert. „Meine Kritik an den deutschen Vorschlägen ist, dass die Mittel nicht für zusätzliche Investitionen eingesetzt werden, sondern nur nationale Mittel bei Vorhaben ersetzen“, sagt Joachim Schuster (SPD), der im Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments sitzt. „Nur ein Viertel der Gelder aus dem Wiederaufbaufonds will die Bundesregierung für neue Zukunftsprojekte ausgeben“, bemängelte der grüne Europaabgeordnete Sven Giegold bereits kurz nach Bekanntwerden der deutschen Pläne.

Der CSU-Abgeordnete Markus Ferber ist zwar mit den Prioritäten im deutschen Plan weitgehend einverstanden. Ihn stört allerdings, dass ausgerechnet die Bundesregierung, die gegenüber anderen Ländern immer wieder einfordert, dass die Corona-Milliarden nur im Gegenzug für Reformen fließen sollen, selbst vor Reformen zurückschrecke. „Ein Paket, das stärker auf Reformen statt nur auf Investitionen setzt, hätte sicherlich auch ein positives Signal für andere Mitgliedstaaten gesetzt“, sagt Ferber. Der CSU-Politiker ist Sprecher der konservativen EVP-Fraktion im Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europaparlaments. „Das hätte wiederum der Europäischen Kommission gute Argumente an die Hand gegeben, auch mehr Reformen von anderen Mitgliedstaaten einzufordern.“ Das Problem der Abgeordneten: Die Entscheidung über die Verteilung der Mittel aus der 672,5 Milliarden Euro schweren Aufbau- und Resilienzfazilität, dem Herzstück des Plans, läuft an den Parlamentariern vorbei. Die Kommission kann die Verteilung der Mittel mit Durchführungsakten festlegen, die das Europäische Parlament nicht beeinflussen kann. Die Abgeordneten sind deshalb gezwungen, öffentlichen Druck aufzubauen, damit die Bundesregierung ihre Pläne von sich aus umschreibt. Auch von der Kommission kam offenbar bereits Kritik an den Plänen.

Eine Warnung an die Bundesregierung und andere europäische Hauptstädte sandte jüngst zudem die Europäische Zentralbank (EZB). Deren Forscher hatten untersucht, welche Wirkung das Geld aus dem Wiederaufbaufonds in den europäischen Volkswirtschaften erzielen kann. Das Ergebnis: Der Corona-Plan könnte, wenn das Geld in die richtigen Investitionen fließt, die Wirtschaftsleistung in den EU-Ländern um bis zu 1,5 Prozent anheben. Wenn es allerdings falsch ausgegeben wird, sei der Effekt praktisch null.

Das in Europa einzigartig staatskapitalistische Weißrussland verfügt über eine grandios boomende und weltweit konkurrenzfähige IT-Branche. Teilweise war vom Silicon Valley Osteuropas die Rede. Firmen wie Google und Yandex haben ihre Entwicklung in die Hubs nahe der Hauptstadt Minsk verlagert, wo mit Steuervorteilen weltweit erfolgreiche Computerspiele, Software und Plattformen entstanden sind.

VON FELIX EICK

So war Weißrussland nicht weniger als ein Tech-Paradies von Weltrang: Das IT-Exportvolumen pro Kopf ist in Weißrussland doppelt so hoch wie in den USA, fast sechsmal so hoch wie in China. Der Sektor stand im ersten Halbjahr 2020 für acht Prozent des Bruttoinlandsproduktes und 2019 für 35 Prozent der Gesamtexporte. Die Speerspitze der weißrussischen IT-Branche, einer der weltweit größten Hersteller von Kundensoftware, EPAM Systems, wurde 1993 in Minsk gegründet und schaffte es 2020 auf Platz 21 der „Fortune“-100-Liste der am schnellsten wachsenden Unternehmen. Ausländische Technikkonzerne schätzen das Humankapital – niedrige Gehälter, gute naturwissenschaftliche Ausbildungen, viele junge Talente, hochmoderne Standorte.

Doch nun wird die einzige vorzeigbare ökonomische Erfolgsgeschichte des Landes ausgelöscht. Denn die weißrussische IT-Kommune verliert ihre Geschäftsgrundlage – aus politischen Gründen. Es zeigt sich, wie zerbrechlich diktatorisch gelenkter Staatskapitalismus ist. Dabei muss man wissen, dass der IT-Sektor selbst kaum gelenkt war. Seit der erste „Hi-Tech Park“ im Jahr 2005 in der Nähe von Minsk öffnete, hatte ein inoffizieller Vertrag bestanden, wonach sich die Techies nicht in politische Belange einmischen sollten.

Dafür erhielten sie unternehmerische Freiheiten und eine Niedrigsteuer. Sie lebten in einer IT-Enklave der Freiheit. Doch damit ist seit den gefälschten Präsidentschaftswahlen im vergangenen August Schluss. Was sich danach abspielte, ist ein Lehrstück über die Illusion, dass eine solche Insel der freien Marktwirtschaft in einem autoritären Staat funktionieren kann.

Alles begann damit, dass Langzeitdiktator Alexander Lukaschenko die Abmachung mit der IT-Branche aufkündigte. Denn er hat sein Image des verlässlichen Partners ramponiert: Im August 2020, als die Proteste gegen die Wahlfälschung begannen, schaltete er tagelang das Internet ab. Noch im Dezember schloss Lukaschenko, der inzwischen mehr als 30.000 Landsleute verhaftet ließ, das Netz jeden Sonntag, um Kommunikation und Organisation der Protestierenden zu erschweren.

Diese staatliche Internetblockade hatte für die weißrussischen IT-Firmen enorme Auswirkungen: Sie kostete den Sektor unmittelbar Einnahmen. Nach Berechnungen der örtlichen NGO NetBlocks kostet jeder Tag ohne Internet gute 56 Millionen Dollar. Noch eine Woche nach Abschaltung habe er, statt zu arbeiten, „den Kunden endlos den Plan zur Kompensation der verlorenen Produktion in Weißrussland erklärt“, schrieb Waleryj Zepkala, Mitbegründer des Hi-Tech Parks in Minsk und nicht zugelassener Präsidentschaftskandidat, auf Facebook.



Eingangsbereich der Firma EPAM Systems in Minsk, dem erfolgreichsten IT-Unternehmen des Landes

REUTERS/VASILY FEDOSEWKO

Erfolgsgeschichte, ausgelöscht

Noch schwerer wiegt das Klima der Angst: Der Gewaltapparat hat vielfach Büros durchsuchen und Mitarbeiter in- und ausländischer Tech-Betriebe verhaften lassen. Dabei sei es zu ernsthaften Verletzungen, vereinzelt auch zu Folter und Verfolgung von Familienangehörigen gekommen, wie Betroffene berichteten. Unter besonders Mutigen im Sektor regte sich offener Widerstand gegen das System: Mehrere Protestbriefe gegen staatliche Gewalt kursierten. Das mit 225 IT-Profis in Weißrussland tätige US-Start-up Pandadoc bot Mitarbeitern, die beim Innenministerium kündigten, sogar Zahlungen an. Das wurde 600 mal genutzt, bevor die Behörden einschritten.

„Wenn der jetzige Zustand anhält, wird es kein Vertrauen seitens der Kunden und Investoren geben“, war sich Zepkala schon im September sicher. Das würde bedeuten, dass ausländische Auftraggeber und Investoren Verträge mit weißrussischen Firmen kündigen. Doch vor allem hat bereits ein wahrer Exodus von IT-Firmen und -Beschäftigten eingesetzt: Einige Tausend talentierte und kaufkräftige Programmierer hat das Land bereits eingebüßt – bei gerade einmal 9,4 Millionen Einwohnern. Viele der insgesamt 100.000 ITler, die in rund 1700 Unternehmen arbeiten, zieht es in die drei baltischen Staaten, in die Ukraine und nach Polen. Mitte Dezember be-

Talente, niedrige Löhne und günstige Steuern machten Weißrussland zum Tech-Paradies von Weltrang. Doch nun zeigt sich, dass freie Marktwirtschaft im Autoritarismus nicht funktioniert

richtete die ukrainische „Kiew Post“, dass bereits 2000 Freelancer in die Ukraine übersiedelt seien – in gerade einmal vier Monaten. Allerdings lockt der Nachbar auch mit geringem Bürokratieaufwand, einer Fünf-Prozent-Einkommensteuer, Visafreiheit und der gleichen Sprachfamilie.

Auch Litauen buhlt offensiv um die Techies. Die dem litauischen Wirtschaftsministerium unterstellte Behörde Invest Lithuania hat einen Online-Guide für weißrussische IT-Firmen gebaut. Vom Erstkontakt über Visa bis zur Ansiedlung werden in sieben Schritten alle Fragen beantwortet.

Die Investitions- und Entwicklungsagentur von Lettland (LIAA) hat bereits im Herbst mit IT-Unternehmen aus dem Nachbarland verhandelt: Wie das Online-Medium „Baltic News Network“ berichtete, entschieden sich 17 Firmen umzuziehen. Das schaffe rund 1000 neue Jobs in Lettland. Der lettische Wirtschaftsminister Jānis Vitenbergs gab bekannt, dass weitere 50 Unternehmen über eine Auswanderung in den baltischen Staat nachdenken.

Auch der Nachbar im Westen, Polen, wirbt um die Unternehmen und ihre Mitarbeiter. Schon im September rief die Entwicklungsministerin Jadwiga Emilewicz mit „Poland. Business Harbour“ ein Programm ins Leben, „das sich an Unternehmen, Start-ups und Freiberufler richtet, die die politische Unsicherheit in Weißrussland spüren und einen sicheren Hafen suchen“. Ähnlich wie Litauen baute die polnische Regierung eine Website, die IT-Spezialisten und -Unternehmen ins Land locken soll. Seit dem 1. Dezember werden zudem spezielle Visa für das Programm ausgegeben, ohne dass eine weitere Arbeitserlaubnis nötig wäre.

Die Visagebühren sind bis Ende 2022 ausgesetzt. Rund 2200 Anträge gingen in den ersten drei Monaten ein, gab die Polnische Agentur für Investitionen und Handel bekannt. Über ein Interesse weißrussischer Firmen, nach Russland

zu gehen, etwa ins vermeintliche Innovationszentrum Skolkowo, ist indes nichts bekannt. Während sich die Anrufer also um die „Aitischniki“ – wie man gemeinhin die IT-Fachkräfte in Weißrussland bezeichnet – reißen und sich solidarisch erklären, hält sich Deutschland bedeckt. Dabei stellt der Brain Drain auch für den hiesigen Arbeitsmarkt eine Chance dar. Laut einer Auswertung des Jobportals Stepstone, das wie WELT zu Axel Springer gehört, liegt das monatliche Durchschnittsgehalt für IT-Fachkräfte brutto bei 5150 Euro. Dem IT-Portal „dev.by“ zufolge verdient ein IT-Facharbeiter in Weißrussland im Januar 2021 etwa ein Drittel davon.

Und doch setzt Deutschland offenbar kein Programm auf, um repressierten Weißrussen zu helfen und die eigene Wirtschaft zu stärken. Wie für alle anderen qualifizierten Zuwanderungskandidaten aus Ländern, die nicht der EU angehören, gibt es den Weg über die Blue Card. Auf Anfrage heißt es aus dem Auswärtigen Amt: Die Erteilung von Visa orientiere sich an den geltenden Einreisebeschränkungen. „Diese sehen Einreisemöglichkeiten für Fachkräfte unter bestimmten Voraussetzungen vor.“ Was das für Voraussetzungen sind, konkretisiert das Bundesinnenministerium auf Anfrage. Laut Fachkräfteeinwanderungsgesetz erhalten IT-Kräfte

aus Drittstaaten einen Aufenthaltstitel, wenn sie einen in Deutschland anerkannten Berufsabschluss oder eine vergleichbare Qualifikation vorweisen und über ein konkretes Arbeitsplatzangebot verfügen.

Sprachkenntnisse sind nicht verpflichtend, aber von Vorteil. Die größte Hürde ist für die unterdrückten Fachkräfte also, einen Arbeitgeber zu finden. Da sind die Ukraine, die baltischen Staaten und Polen schlicht schneller. Es bräuchte schon die Initiative von deutschen Unternehmen, entsprechende Programme aufzusetzen. Lukaschenko und seinem Apparat dürfte indes noch Hoffnung geben, dass vorerst insbesondere kleinere Tech-Start-ups das Land verlassen. Die großen bleiben zunächst und warten auf Signale der Mitarbeiter, die noch wegen familiärer Bindungen zögern. Beim jetzigen Regime dürfte es aber nur eine Frage der Zeit sein.

Die schon heute über 450.000 ITler verfügende Ukraine etwa gibt sich selbstbewusst: „Wenn sich die politische Krise in Weißrussland verstetigt, dürften wir sehen, wie große Unternehmen zu uns kommen“, sagte Alexander Bornyakow, stellvertretender Minister für digitale Transformation und IT. Und wenn erst EPAM und Co. Weißrussland den Rücken kehren, findet das Silicon Valley Osteuropas vielleicht eine neue Heimat.

Nord Stream 2 baut Gasleitung trotz US-Sanktionen weiter

Weder US-Präsidenten noch Proteste von Umweltschützern haben die umstrittene Pipeline stoppen können. Jetzt werden wieder Rohre verlegt

Nach einem Baustopp setzt die Nord Stream 2 AG ungeachtet von US-Sanktionen ihre Verlegearbeiten an der umstrittenen deutsch-russischen Ostsee-Gasleitung fort. „Das Pipeline-Verlegeschiff „Fortuna“, das am 24. Januar die Arbeiten im Verlegekorridor in der dänischen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) aufgenommen hatte, hat nach erfolgreichen Verlegetesten heute mit der Weiterverlegung begonnen“, teilte die Projektgesellschaft am Sonnabend mit. Die USA und mehrere EU-Staaten sind gegen das fast fertige Milliardenprojekt, weil sie eine zu hohe Abhängigkeit von russischem Gas befürchten.

Alle Arbeiten erfolgen in Übereinstimmung mit den vorliegenden Genehmigungen, so das Unternehmen. „Zum Bauablauf und den weiteren Planungen werden wir entsprechend informieren“, hieß es. Zuletzt war Ende des vergangenen Jahres ein 2,6 Kilometer langer Abschnitt in deutschen Gewässern fertiggestellt worden. Der Bau hatte zuvor ein Jahr geruht, nachdem Sanktionsdrohungen aus den USA Ende 2019 zum Ab-

zug von Spezialschiffen einer Schweizer Firma geführt hatten.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier sprach sich trotz der aktuell belasteten Beziehungen zu Russland für den Weiterbau der Ostsee-Gasleitung aus. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte zuletzt betont, dass sie Nord Stream 2 und den Fall des Kremlkritikers Alexey Nawalny nicht miteinander verknüpfen wolle. Wegen der Inhaftierung Nawalyns werden in der EU bereits seit dem vergangenen Monat neue EU-Sanktionen gegen Russland diskutiert. Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz begrüßte das Festhalten der Bundesregierung an Nord Stream 2. Es handele sich um ein „europäisches Projekt“, das im Interesse vieler EU-Länder sei, sagte Kurz „Welt am Sonntag“. „Ich halte nichts davon, die notwendige Reaktion auf das Vorgehen gegen den Oppositionellen Nawalny mit dem Bau von Nord Stream 2 zu verknüpfen. Wer glaubt, dass die neue Pipeline nur im Interesse Russlands wäre, der irrt“, so Österreichs Kanzler weiter. Von dem Projekt profitierten viel-

mehr auch Deutschland, Österreich und einige andere europäische Länder.

Nach Angaben von Nord Stream 2 sind 94 Prozent des rund 1230 Kilometer langen Doppelstrangs bereits fertiggestellt. Er soll einmal 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas von Russland nach Deutschland befördern. Den Angaben zufolge fehlen noch etwa 120 Kilometer in dänischen und 30 Kilometer in deutschen Gewässern. Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) hatte Mitte Januar den sofortigen Weiterbau in deutschen Gewässern erlaubt, nachdem die Genehmigung Ende vergangenen Jahres ausgelaufen war. Derzeit ist die Genehmigung allerdings außer Kraft, weil Umweltverbände Widerspruch eingelegt haben.

Das fast vollendete Projekt steht zunehmend unter Druck. Nachdem schon Sanktionsdrohungen aus den USA zum Ausstieg von Firmen geführt hatten, hatte sogar der russische Gasmonopolist Gazprom in einem Investorenpapier zuletzt nicht ausgeschlossen, dass das Projekt wegen politischer Spannungen noch platzen könnte. Die US-Regierung

hatte kurz vor dem Ende der Amtszeit von Präsident Donald Trump konkrete Strafmaßnahmen gegen das russische Unternehmen KVT-RUS verhängt und erklärte dessen Verlegeschiff „Fortuna“ zu „blockiertem Eigentum“.

Es blieb aber unklar, welche Auswirkungen das auf das Schiff außerhalb von US-Hoheitsgewässern hat. Russland, das etwa auch über das Verlegeschiff „Akademik Tscherski“ verfügt, kritisiert die US-Strafmaßnahmen als Verstoß gegen internationales Recht. Das US-Außenministerium hatte die Sanktionen damit begründet, dass die Fertigstellung von Nord Stream 2 Russland die Möglichkeit eröffnen würde, „natürliche Ressourcen als Mittel für politischen Druck und böswärtigen Einfluss gegen Westeuropa zu nutzen“. Auch der neue US-Präsident Joe Biden ist gegen Nord Stream 2. Die USA wollen etwa verhindern, dass die Ukraine als wichtigstes Transitland für russische Gaslieferungen in die EU ausgeschaltet wird. Das chronisch klamme Land ist dringend auf die Milliardengebühren für die Durchleitung des Energieträgers ange-

wiesen. Auch in Europa nimmt die Kritik an Nord Stream 2 wegen der politischen Spannungen zu. Nach der Inhaftierung des Kremlgegners Alexej Nawalny, Moskaus Ausweisung von drei Diplomaten aus Deutschland, Polen und Schweden und der Unterdrückung Andersdenkender in Russland brauche es entschlossene Schritte von Bedeutung. Das sagte der CDU-Politiker und Europaabgeordnete Michael Gahler am Samstagabend in einer Videokonferenz. „Die große Mehrheit des Europäischen Parlaments ist dafür, Nord Stream 2 zu stoppen – das Symbol für den Versuch, die Ukraine zu schwächen und russische Oligarchen reicher zu machen und die Unterdrückung der Menschen in Russland, in Belarus und in den okkupierten Gebieten der Ukraine zu finanzieren“, sagte das Mitglied der EVP-Fraktion.

Befürworter der Pipeline wiederum werfen den USA vor, sie wollten nur das eigene und teurere Flüssiggas in Europa verkaufen. Russland hatte immer wieder damit geworben, dass sein Gas umweltfreundlicher gewonnen werde und

deutlich billiger sei. Mecklenburg-Vorpommern hat eine landeseigene Stiftung gegründet, die gegebenenfalls auch gewerblich aktiv werden kann und so das Projekt etwa durch Ankäufe von Maschinen und Material vor Sanktionen schützen könnte.

Die Grünen im Bundestag hingegen halten die Leitung für nicht notwendig. Das Gas kommt auch ohne Nord Stream 2 über die Ukraine nach Deutschland. Weil die Leitung nicht wie geplant vor einem Jahr in Betrieb ging, musste Russland inmitten schwerer politischer Spannungen im Ukraine-Konflikt einen neuen Transitvertrag mit dem Nachbarland aushandeln. Die Ukraine sieht in Nord Stream 2 den Versuch Russlands, das Land weiter zu schwächen, damit es auseinanderfällt.

Umweltschützer bestreiten generell den Bedarf an Erdgas und kritisieren Nord Stream 2 als Fehlinvestition in einen fossilen Energieträger. Sie betonen die klimaschädliche Wirkung von Erdgas, etwa durch entweichendes Methan bei der Förderung und beim Transport durch die Pipelines.

dpo

Der Weg zum Elektroauto ist für den klassischen Autofahrer noch weit. Nur gut ein Drittel der Befragten hat laut einer Umfrage „schon einmal darüber nachgedacht“, auf ein Elektrofahrzeug umzusteigen. Als Gründe dafür nennen die Teilnehmer in der Rangfolge Umweltaspekte, Förderung bei der Anschaffung durch den Staat sowie geringere laufende Kosten.

VON BIRGER NICOLAI

Die anderen zwei Drittel der Umfrageteilnehmer, die derzeit nicht zum Auto mit Elektroantrieb tendieren, führen dafür diese Gründe an: geringe Reichweite, fehlende Ladeinfrastruktur sowie hohe Leasing- oder Anschaffungskosten. Den Elektromotor allgemein als zukünftige Motorentechnik kann sich nur jeder achte Befragte vorstellen, ein Fahrzeug mit Wasserstoffantrieb dagegen jeder fünfte.

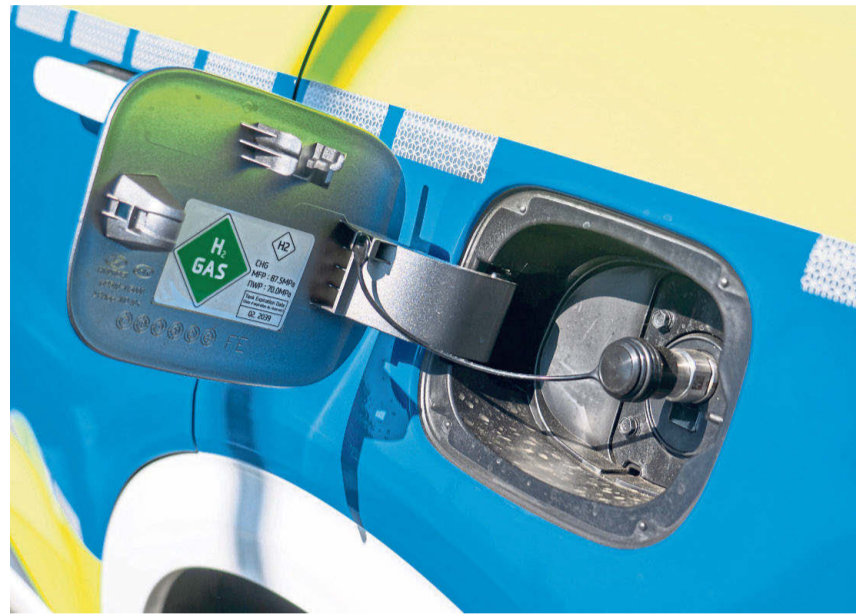
Das sind Ergebnisse einer Umfrage unter 4659 Menschen ab 18 Jahre und mindestens einem Auto im Haushalt im Auftrag der Billigtankstellenkette HEM, die WELT vorliegt. Anhand der Aussagen ließen sich zutreffende Rückschlüsse auf eine Grundgesamtheit ziehen und repräsentativ darstellen, teilte das Unternehmen mit. HEM gehört zu Tamoil mit Sitz in Hamburg, der Mutterkonzern ist die niederländische Oilinvest-Gruppe.

Interessant sind die Vorlieben der Autofahrer jenseits des Automobils: Befragt nach der besten Alternative nennen 21 Prozent der Teilnehmer ein Elektrofahrrad und sieben Prozent einen Elektroroller. Beim Öffentlichen Nahverkehr sind dies noch 42 Prozent. Auch beim Carsharing gibt es einen auffällenden Trend: Sobald es ein Angebot für das Teil-Auto in der eigenen Stadt gibt, nutzen es 92 Prozent der Befragten mindestens einmal im Monat.

Trotz Lockdown und Homeoffice fahren die meisten Deutschen noch genauso häufig mit ihrem Auto wie zuvor. Nur rund ein Viertel der Pkw-Fahrer nutzt das Auto in der Corona-Pandemie

Lieber Wasserstoff als Elektro

Umfrage: Trotz steigender Verkaufszahlen von E-Fahrzeugen ist die Skepsis weiterhin groß



Beliebter Antrieb: Tankvorrichtung eines Wasserstofffahrzeugs der Polizei

nicht mehr oft, 70 Prozent stellen keinen Unterschied fest. Fast die Hälfte der Befragten fährt weiterhin jeden Tag mit dem Auto. Ein Viertel von ihnen ist auch in der Corona-Zeit mehr als 300 Kilometer in der Woche unterwegs. Jeder siebte Umfrageteilnehmer tankt nach wie vor mehrmals in der Woche, jeder dritte alle zwei Wochen.

Wenig verwunderlich sind die Aussagen der Autofahrer zum Ärgerthema Benzinpreise. Mit 55 Prozent sagt gut die Hälfte der Teilnehmer, dass sie von

den steigenden Preisen an den Tankstellen „definitiv beunruhigt“ sind. Jeder fünfte Befragte hält die Kraftstoffpreise aktuell für zu hoch, jeder achte wünscht sich mehr Transparenz.

Und doch wissen viele Autofahrer mit der Preislage an den Benzinstationen umzugehen. Denn bereits die Hälfte der Umfrageteilnehmer sucht sich die Station nach den Kriterien einer Smartphone-App aus und vergleicht zuvor die Benzinpreise. Ein Drittel der Befragten fährt jedoch nach wie vor zu der

Tankstelle, die gerade auf dem Weg liegt. Doch es gibt auch andere Entscheidungshilfen: Jeder siebte Befragte wählt sie danach aus, wo das freundlichste Personal arbeitet.

Branchenexperten beobachten den Benzinmarkt und die dortigen Preise derzeit nicht besonders kritisch. So spiegelt der Benzinmarkt aktuell nach Aussage des Energie Informationsdienstes (EID) die Rahmenbedingungen des Ölmarktes und der Beschaffungskosten wider. Anfang des Jahres 2021 hätten die Tankstellenketten die Kosten durch die Kohlendioxid-Abgabe sowie die veränderte Mehrwertsteuer direkt an die Autofahrer weitergegeben. Hinzu kam eine leichte Verteuerung von Rohöl der Sorte Brent im Januar gegenüber Dezember. „Zusätzliche Preiserhöhungen lassen sich von den Tankstellenketten derzeit kaum umsetzen, dafür ist der Wettbewerb in den Großstädten zu stark“, sagt Kai Eckert, Chefredakteur des EID.

Der Rückgang des Benzinverkaufs ist laut dem EID im vergangenen Jahr geringer ausgefallen, als es zunächst wegen der Corona-Pandemie erwartet wurde. „Der Kraftstoffabsatz an den Tankstellen ist nach unseren Berechnungen um zehn Prozent unter dem Vorjahr geblieben“, sagt Eckert.

Auch seit Jahresanfang 2021 werde weniger gefahren, allerdings gebe es dazu noch keine Daten des EID. „Wir rechnen jedoch damit, dass der Absatzrückgang weniger stark ausfallen wird als in den Wochen des Lockdowns vom vergangenen Frühjahr“, sagt Eckert.

Der kräftige Preisanstieg zum Jahresanfang durch die Einführung einer Kohlendioxid-Abgabe hat laut dem Automobilklub ADAC Benzin um etwa sieben und Diesel um acht Cent je Liter verteuert. Durch den nun wieder gültigen Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent stieg der Preis für beide Kraftstoffsorten zusätzlich um jeweils rund drei Cent je Liter. Der teuerste Tag zum Auftanken war laut ADAC im vergangenen Monat für die Fahrer von Benzinern der 31. Januar mit 1,37 Euro für einen Liter Superbenzin E10, für die Nutzer von Diesel-Pkw war es der 17. Januar mit 1,24 Euro je Liter.

Sanierer warnen vor Insolvenzverschleppung

Antrag ist trotz Corona-Krise Pflicht, sagen Experten

Führende Sanierungsexperten haben davor gewarnt, dass sich Unternehmer in der aktuellen Corona-Krise trotz Ausnahmen bei der Insolvenzantragspflicht unwissentlich strafbar machen. Bei vielen Unternehmen sei noch nicht angekommen, dass sie Gefahr laufen, in die Haftung zu rutschen, wenn die staatlichen Hilfen nicht ausreichen oder sie nicht unter die Ausnahmeregelung fallen, sagte der Chef des Verbands der Insolvenzverwalter Deutschlands, Christoph Niering, der Deutschen Presse-Agentur. Es sei eine wichtige Aufgabe für Steuer- und Rechtsberater, die Unternehmer darüber aufzuklären.

Auch der Jurist Lucas Flöther weist auf dieses Risiko hin. Es bestehe die Gefahr, dass viele Verantwortliche immer noch davon ausgingen, dass die Antragspflichten bei Insolvenz generell ausgesetzt seien, sagte der Sprecher der im Gravenbrucher Kreis zusammengeschlossenen führenden Insolvenzverwalter. Sollten die betreffenden Unternehmen später noch Insolvenz anmelden müssen, werde rückwirkend ein verspäteter Antrag und der Verdacht auf Insolvenzverschleppung geprüft. Das könne die Unternehmer teuer zu stehen kommen.

Zu Beginn der Corona-Pandemie hatte die Bundesregierung wegen der nicht absehbaren negativen Folgen die Pflicht, Insolvenz anzumelden, für alle ausgesetzt. Wer zahlungsunfähig ist, muss seit Oktober wieder den Gang zum Gericht antreten. Für überschuldete Firmen gilt das seit Jahresanfang. Ausnahmen gibt es nur für jene, die bisher vergeblich auf Corona-Hilfen warten. Auch weitere Hilfsmaßnahmen wie Kurzarbeitergeld, Darlehen und finanzielle Hilfen für auf staatliche Verordnung geschlossene Betriebe sollen eine Pleitewelle verhindern. Bisherigen Er-

hebungen zufolge ging der Plan auf. So schätzte die Wirtschaftsauskunftei Creditreform Anfang Dezember, dass 2020 rund 16.300 Betriebe pleite gehen. Das wären 13,4 Prozent weniger als 2019.

In der Vergangenheit sei oft nicht genau genug erklärt worden, für wen die gelockerten Meldepflichten noch gelten, kritisierten beide Branchenvertreter. „Bisher war die Kommunikation schlecht“, sagte Niering. „Der Bundestag und auch das Justizministerium haben zunächst nicht klar gemacht, dass es sich um Ausnahmen für einen begrenzten Kreis von Betroffenen handelt, das hat sich jetzt geändert.“ Ein Mittelständler schaue nicht auf das Insolvenzrecht, sondern die staatlichen Hilfen und werde eine Insolvenz immer hinauszuögern.

Die Ausnahme von der strengen Antragspflicht gelte von Februar bis Ende April nur noch für die wenigsten Betriebe, betonte Sanierungsexperte Flöther, „nämlich nur für solche Unternehmen, die allein deshalb insolvent sind, weil sie die beantragten November- oder Dezemberhilfen noch nicht erhalten haben, und die durch die Hilfen wahrscheinlich überlebensfähig sind“.

Der Staat sollte mehr einen Fokus darauf legen, was Unternehmen jetzt helfe sich neu aufzustellen, forderten die beiden Verbandsvertreter. „Wer schläft, verändert sich nicht“, sagte Niering. „Eigentlich müsste man Unternehmen dabei helfen, sich zu verändern.“

Flöther machte einen Vorschlag für konkrete Entlastung: „Was den Corona-geschädigten Unternehmen wirklich helfen würde, wäre eine Lösung, bei der bestehende Verbindlichkeiten, wie etwa Mietschulden, eingefroren und abgeschnitten werden können“, sagte er. Die betroffenen Betriebe würden dann lediglich noch laufende Forderungen zahlen müssen.

dpo

 UK Government

Handelsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich?

**INFORMIEREN SIE SICH.
BEREITEN SIE SICH VOR.
UND WEITER GEHT'S.**

Die Vorschriften haben sich geändert.
Das Vereinigte Königreich hat den
EU-Binnenmarkt und die Zollunion verlassen.

gov.uk/eubusiness

**KEEP
BUSINESS
MOVING**



Es ist ein Wolkenkratzer, der wie aus der Zukunft wirkt: gläsern, spiralförmig, mit einer Baumallee, die sich mehrmals um die Fassade windet. Einige Amerikaner erinnern die Konstruktion an einen DNA-Strang. Andere halten sie für ein Abbild unserer Galaxie. Wieder andere sehen die Spitze eines Korkenziehers, der sich von unten durch die Erdkruste bohrt – oder bloß ein gigantisches Softeis. Der US-Konzern Amazon veröffentlichte vor wenigen Tagen eine Zeichnung des Turms. Er soll das Herzstück eines zweiten Hauptquartiers werden, des sogenannten HQ2 in Virginia.

VON STEFAN BEUTELSBACHER
AUS NEW YORK

Amazon taufte den Bau „Helix“. In seiner Nachbarschaft sind drei weitere Gebäude geplant, ein jedes 22 Stockwerke hoch. 25.000 Menschen sollen eines Tages auf dem Campus arbeiten. Homeoffice als Dauerzustand? Nicht bei Amazon. „Wir glauben“, teilte das Unternehmen mit, „dass die meisten Aufgaben bald wieder in Büros erledigt werden.“ Die 105 Meter hohe „Helix“ könnte man daher auch noch als etwas anderes bezeichnen: als einen Mittelfinger an die Pandemie.

Oft hört man die These vom Tod der Städte. Corona, heißt es, setze dem Leben und Arbeiten auf engem Raum ein Ende. Nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft. Wolkenkratzer, U-Bahnen und volle Bars gelten in einer Welt, die mit immer neuen Erregern rechnen muss, als Hochrisikogebiete. Die goldene Zeit von Downtown, glauben viele, sei Vergangenheit.

Tatsächlich wollen mehrere Firmen ihre Angestellten auch nach der Pandemie im Homeoffice lassen. Twitter und Pinterest zum Beispiel trennten sich kürzlich von Zehntausenden Quadratmetern Bürofläche in Kalifornien. Aber Amazons „Helix“ zeigt, dass es auch den entgegengesetzten Trend gibt. Jeff Bezos, noch CEO, bald Chef des Verwaltungsrats, investiert 2,5 Milliarden Dollar in den Turm, der in vier Jahren bezogen werden soll – ein stärkeres Bekenntnis zum Büro kann ein Unternehmer kaum abgeben.

Und Amazon ist nicht allein. Auch Facebook, Google, Apple und Microsoft kaufen immer neuen Gewerberaum. Im vergangenen Jahr, also mitten in der Pandemie, vergrößerten die fünf Unternehmen ihren Immobilienbestand um 25 Prozent – die höchste Rate seit 2010. Zusammen belegen sie 55 Millionen Quadratmeter, wie Daten der Analysefirma CoStar zeigen. Das ist mehr als die gesamte Bürofläche New Yorks. Oder so viel wie 220 Empire State Buildings zu bieten hätten.

Für Viertel wie Manhattan, die schon totgesagt wurden, liegt darin eine große Hoffnung. Wo sich Firmen ansiedeln, folgen Cafés, Geschäfte, Kinos, Zulieferer – und Steuereinnahmen. Zudem gelten Amerikas Tech-Giganten weltweit als unternehmerische Vorbilder. Es ist gut möglich, dass andere Manager ihrem Beispiel folgen. Wurde das Ende des urbanen Lebens also zu früh ausgerufen?

„Unsere Metropolen werden ein Comeback erleben“, sagt Scott Gallo-



PICTURE ALLIANCE/DPH/NEBY/AMAZON

STÄDTISCHES LEBENSZEICHEN

way, einer der bekanntesten amerikanischen Ökonomen, zu WELT. Er glaubt nicht, dass Corona, wie viele andere Experten behaupten, Geisterstädte hinterlassen wird. „Alle jungen, gebildeten Menschen auf der Welt haben eines gemeinsam“, meint Galloway: „Sie wollen in Ballungszentren arbeiten.“ Es gebe kaum eine 25 Jahre alte Uni-Absolventin, die ein Job-Angebot in New York ablehne, so Galloway, um auf dem Land in Iowa zu bleiben.

Ökonomen betrachten Dichte, wie sie in Städten herrscht, als zentral für unternehmerischen Erfolg – trotz aller Digitalisierung, trotz Zoom, Slack und Skype. Wo Menschen nah zusammenarbeiten, ist mehr Inspiration. „Ideen“, sagt Galloway, „müssen Sex miteinander haben.“ Umgebungen, in denen ver-

Das Ende der Urbanität wurde womöglich zu früh ausgerufen. Mit Projekten wie dem „Helix“-Turm geben Amazon und andere Konzerne ein klares Bekenntnis zum Büro – und der Stadt eine Chance

schiedene Lebensläufe, Kulturen und Weltanschauungen aufeinanderprallen, sind der Nährboden für Erfindungen. Galloway ist sich daher sicher, dass Metropolen nach der Pandemie wieder Firmen und Talente anziehen werden.

Studien zeigen, dass Patente besonders oft dort angemeldet werden, wo es schon viele Patente gibt. Erfinder locken Erfinder an. Dieses Phänomen machte Pittsburgh zur Stahlhochburg. Detroit wurde so zur Autostadt. Das Silicon Valley zum Tech-Hub. Hollywood zum Zentrum der Filmproduktion. Nashville zum Paradies für Countrymusik. Und New York zum Herzen der Finanzwelt.

New York gilt als Inbegriff der Dichte. Der Reichtum der Stadt, sagen Ökonomen, sei auch eine Folge des Lebens

und Arbeitens in Wolkenkratzern, in denen sich vor der Pandemie Tag für Tag Tausende Menschen begegneten und austauschten. Dieses Konzept liegt den Handelssälen auf der Wall Street zugrunde, die keine Trennwände und keine Türen haben, damit Ideen frei zirkulieren können. Wer mit Tradern spricht, hört immer wieder, dass das Homeoffice den „Floor“ nicht ersetzen kann.

New York ist aber auch die US-Stadt, in der Covid-19 die meisten Leben gefordert hat. Im Frühling 2020 mussten die Toten hier in Zelten gestapelt werden, weil in den Leichenhallen kein Platz mehr war. Manhattan, das globale Symbol der Urbanität, wirkte verwaist. Viele Einwohner ergriffen die Flucht. Wer konnte, setzte sich nach Connecticut, New Jersey oder Long Island ab.

Corona stellte das Leben in den Wolkenkratzern infrage, die plötzlich wie Petrischalen erschienen, in denen sich Erreger ungehindert ausbreiten konnten.

Metropolen überall auf der Welt erging es ähnlich. Viele erlebten einen Exodus. Aber die „Helix“ von Jeff Bezos und die Immobilienkäufe der anderen Tech-Manager könnten darauf hindeuten, dass es sich um ein vorübergehendes Phänomen handelt: Die Dichte, so scheint es, wird ihren Reiz zurückgewinnen.

Google und Amazon sind die größten Immobilienmogule unter den Tech-Firmen. Sie besitzen jeweils Büros, Labors, Rechenzentren und Lagerhäuser für fast 40 Milliarden Dollar. Damit übertreffen sie mehrere bedeutende amerikanische Immobilienfonds. Und sogar Simon Property, den größten Betreiber von Einkaufszentren in den USA. Apple kommt auf einen Besitz von rund 18 Milliarden Dollar, bei Facebook sind es zwölf Milliarden Dollar.

Die Macht von Big Tech im Internet, so scheint es, hat eine Entsprechung in der dinglichen Welt gefunden. Die großen Konzerne dominieren mittlerweile nicht nur das Geschäft mit Daten, Suchanfragen und sozialen Netzwerken – sondern auch, wie man in Amerika sagt, das Geschäft mit Ziegeln und Mörtel. Und Corona kann sie nicht stoppen. Im März des vergangenen Jahres, als das Virus nach New York kam, kaufte Amazon für 1,15 Milliarden Dollar das historische Lord & Taylor-Building auf der Fifth Avenue. Es ist eine Ironie: In dem Gebäude befand sich früher eines der ältesten Kaufhäuser Amerikas. Aber die Pandemie, die dem Online-Handel und damit Amazon einen Boom bescherte, trieb Lord & Taylor in die Pleite.

Auch Facebook expandiert in New York. Das Unternehmen mietete im August 68.000 Quadratmeter in einem der berühmtesten Gebäude der Stadt, dem mehr als 100 Jahre alten ehemaligen Postamt neben dem Bahnhof Penn Station. Dort und in drei Hochhäusern am Hudson River sollen bald 8500 Angestellte arbeiten. Die Büros sind Teil des neuen Campus, den Facebook, beheimatet in Kalifornien, gerade an der amerikanischen Ostküste errichtet, trotz Corona. Auch Mark Zuckerberg, so scheint es, glaubt an das Überleben der Urbanität.

Amerikas Innenstädte, zeigt eine Untersuchung der Washingtoner Denkfabrik Brookings, die WELT vorliegt, wuchsen zuletzt rasant. Die Bevölkerung in Downtown Miami zum Beispiel vergrößerte sich in den vergangenen 20 Jahren um mehr als 200 Prozent. Chicago und Denver kommen auf 150 Prozent, Seattle und Dallas auf 70 Prozent. Und die Autoren der Studie gehen nicht davon aus, dass die Pandemie diese Entwicklung umkehrt. „Innenstädte bieten Zugang zu Jobs, Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants, Behörden und Unterhaltung“, schreiben die Brookings-Forscher Adie Tomer und Lara Fishbane. „Die Kräfte, die zu Agglomeration führen“, meinen sie, „sind unaufhaltsam.“ Ihr Fazit: Krankheiten kommen und gehen – die Städte bleiben.

ANZEIGE

Zu Hause informiert.

Mit dem praktischen ePaper-Format kommen Sie auf jedem Endgerät in den Genuss Ihrer WELT AM SONNTAG – in gewohnter Zeitungsoptik.

WELT AM SONNTAG ePaper

Jetzt mit neuer Funktion – lesen Sie alle Artikel komfortabel in der Einzel-Ansicht

nur 10,49€ im Monat

keine feste Laufzeit, monatlich kündbar

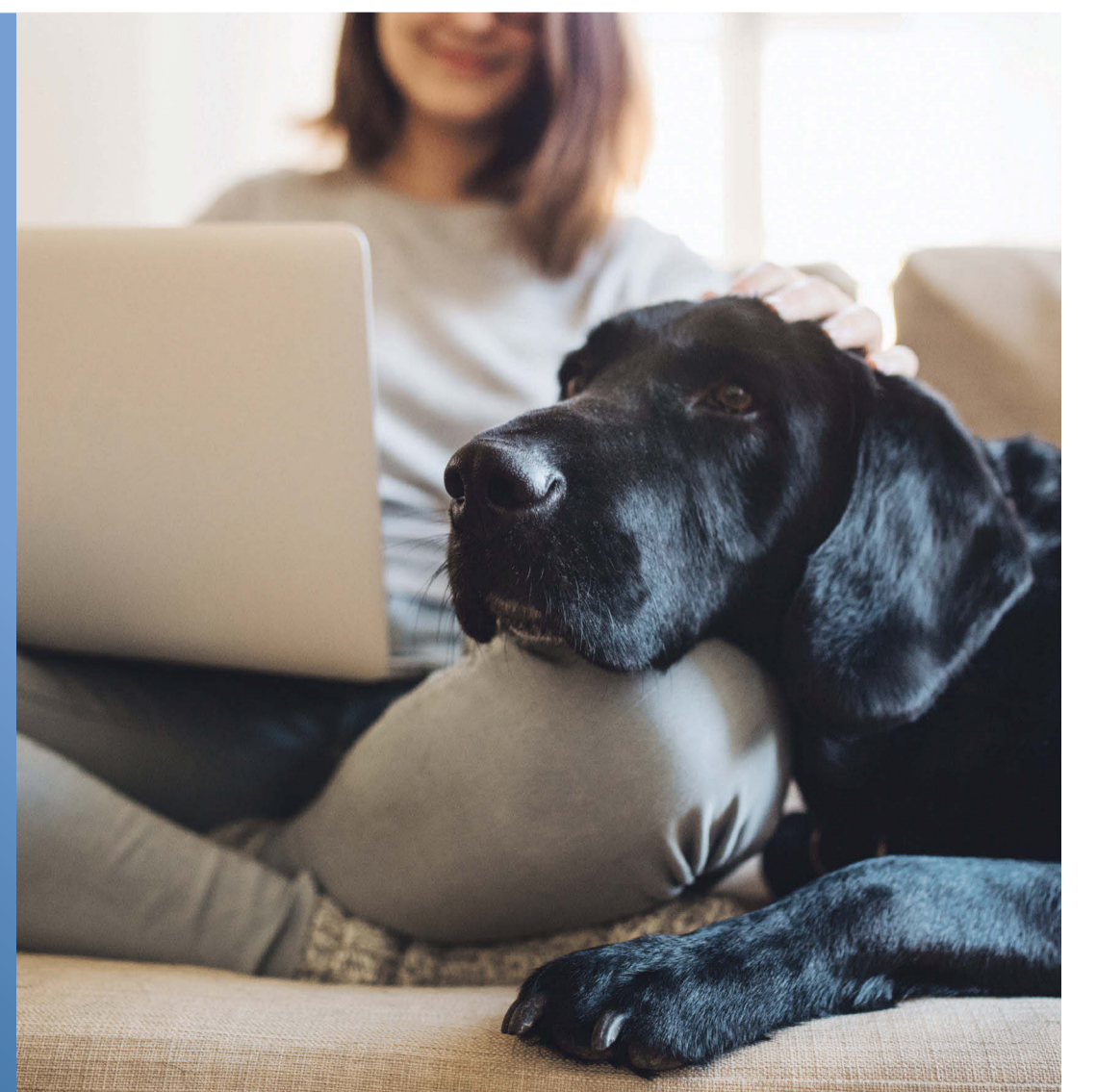
Zugriff auf alle Archiv-Ausgaben der WELT AM SONNTAG

NEU:
Artikel
einzeln
lesbar!



Gleich bestellen unter 0800/951 50 00 oder www.welt.de/digitale-zeitung

DIE WELT/WELT AM SONNTAG erscheint im Verlag Axel Springer SE, Axel-Springer-Str. 65, 10888 Berlin, 0800/935 85 37. Vertreten durch den Vorstand, Amtsgericht Charlottenburg, HRB 154517 B. Alle Informationen über Ihr gesetzliches Widerrufsrecht und die Widerrufsbelehrung finden Sie unter www.welt.de/widerruf.



Unterhaltung und Spaß für die ganze Familie!

Lesevergnügen für Sie und Spaß für die Kleinen:
Lesen Sie 2 Monate WELT AM SONNTAG & DIE WELT und machen Sie Ihren Kleinen mit dem Geschenk eine Freude.



Wählen Sie Ihre Prämie

Thalia-Gutschein im Wert von 40 €

Für Ihre Wünsche: viele Themenwelten, auch für eBooks und eReader, Bücher, Spielzeug, Hörbücher u.v.m.

RAVENSBURGER tiptoi Starter-Set „Bauernhof“

Interaktives Lernen durch 600 lebensechte Geräusche, faszinierende Bilder, Dialoge und Kinderlieder, verschiedene Erlebnisebenen, Lieferumfang: tiptoi Stift mit Aufnahmefunktion, Verbindungskabel, Buch „Entdecke den Bauernhof“, Teststicker

DENVER 7" Tablet für Kinder Quad-Core 8GB

7 Zoll, Android 8.1GO, spezielle Kido'z-Kindersoftware, Auflösung 1024 x 600 Pixel, 8 GB interner Speicher, MicroSD-Kartensteckplatz, WI-FI, Google Playstore-Zugriff, Frontkamera 2 MP

Ihre Vorteile

Unser Angebot

2 Monate WELT AM SONNTAG & DIE WELT mit 35% Ersparnis lesen und Geschenk gratis

Inspiration und Lesevergnügen für die ganze Woche

relevante Hintergründe, klare Analysen, starke Meinungen

Frei Haus

kostenlose Lieferung direkt an Ihre Haustür

Gleich bestellen unter 0800/533 36 82
oder www.welt.de/familienabo

WELT AM SONNTAG erscheint im Verlag Axel Springer SE, Axel-Springer-Str. 65, 10888 Berlin, 0800/926 75 37.
Vertreten durch den Vorstand, Amtsgericht Charlottenburg, HRB 154517 B. Gläubiger-ID-Nr.: DE760010000007913



Ja, ich teste DIE WELT und WELT AM SONNTAG und profitiere.

■ Ich spare 35% gegenüber dem regulären Bezugspreis und erhalte WELT AM SONNTAG und DIE WELT 2 Monate für zzt. nur 79,20€ nach Hause.

■ Ich erhalte eine Prämie meiner Wahl.

Mein Geschenk (bitte nur 1 Kreuz) Aktion: 10167065
 Thalia-Gutschein (71721) tiptoi Starter-Set (71811) Tablet Quad-Core (71717)

Name/Vorname _____
 Straße/Nr. _____
 PLZ _____ Ort _____
 Telefon _____
 E-Mail (bitte angeben) _____

Ich zahle bequem per SEPA-Lastschriftmandat:

Ihre BLZ _____ Ihre Kto.-Nr. _____
 IBAN _____
 Das SEPA-Lastschriftmandat kann ich jederzeit widerrufen. Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.
 Name/Vorname des Kontoinhabers (falls abweichend vom Leser) _____
 Anschrift des Kontoinhabers (falls abweichend vom Leser) _____
 Ich erwarte Ihre Rechnung.
 Lieferbeginn: schnellstmöglich ab dem _____ 2 0 2 1
 Ich kann der Nutzung meiner Daten zu Werbezwecken jederzeit beim Verlag widersprechen. DIE WELT/WELT AM SONNTAG, Brieffach 24 40, 10867 Berlin, Fax: 0800/093 58 32.
 Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter www.welt.de/datenschutz.

Wenn ich danach weiterlesen möchte, brauche ich nichts zu tun. Ich lese WELT AM SONNTAG und DIE WELT dann zum regulären Bezugspreis von monatlich zzt. 60,90€. Das Angebot gilt nur in Deutschland und nur, solange der Vorrat reicht. Der Versand des Geschenks erfolgt nach Zahlungseingang.

■ Ich bin damit einverstanden, dass die Axel Springer SE mir weitere Medienangebote per Telefon/E-Mail/SMS unterbreitet. Dieses Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Alle Informationen über Ihr gesetzliches Widerrufsrecht und die Widerrufsbelehrung finden Sie unter www.welt.de/widerruf.

Ich ermächtige die Axel Springer SE, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Axel Springer SE auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Datum _____
 Unterschrift _____

Coupon ausfüllen und einsenden an:
DIE WELT/WELT AM SONNTAG, Brieffach 24 40, 10867 Berlin

ZWEITE LIGA

Table with 3 columns: Team, Score, Date. Shows results for various matches in the 20th matchday of the 2. Liga.

Table with 4 columns: Rank, Team, Sp, Tore, Pt. Shows league table for the 20th matchday.

Table with 2 columns: Team, Points. Shows points for various teams.

Greuther Fürth hält Aufstiegs-Kurs

Im Kampf um den Aufstieg mischt auch die SpVgg Greuther Fürth weiterhin mit. Der Tabellendritte der zweiten Liga gewann daheim gegen Schlusslicht Würzburg 4:1 (1:1). Es war der dritte Sieg in Folge.

Beim Debüt von Zugang Rajiv van la Parra, dem Halbbruder von Liverpools Georginio Wijnaldum, hatte Ridge Munsy die Gäste in der 15. Minute in Führung gebracht, ehe Dickson Abiama (28.) beim Ausgleich von einer verpatzten Kopfballrückgabe von Christian Strohdiak profitierte. Kapitän Branimir Hrgota (50., 80. Foulelfmeter) entschied nach der Pause mit seinem zweiten Doppelpack nacheinander die Partie. Seinem 3:1 war allerdings ein umstrittener Elfmeterpfiff nach einem vermeintlichen Foul von Keeper Hendrik Bonmann an Jamie Lewelling vorausgegangen. Robin Kehr (87.) sorgte nach einem Solo für den Schlusspunkt.

Regensburg, das unter der Woche den Bundesligisten 1. FC Köln im DFB-Pokal-Achtelfinale bezwungen hatte, kam beim Karlsruher SC zu einem 0:0. Dabei überstanden die Gäste nach der Gelb-Roten Karte für Benedikt Gimber (78. Minute/wiederholtes Foulspiel) auch eine Schlussphase in Unterzahl. DW

ENGLAND

Table with 3 columns: Team, Score, Date. Shows results for various matches in the Premier League.

Table with 4 columns: Rank, Team, Sp, Tore, Pt. Shows league table for the 23rd matchday.

BUNDESLIGA



Kölns Mittelfeldspieler Dominick Drexler brachte am Wochenende die eigenen Fans gegen sich auf

Ein Sorry kann eine Schwalbe im Strafraum ersetzen

Der Fußball schwört auf die hohe Schule der Entschuldigung. Fragen Sie Stuttgarts Thomas Hitzlsperger. Oder Dominick Drexler und die Kölner / Ein Querpass von Oskar Beck

Die Kölner sind auch nicht mehr das, was sie einmal waren. Ja, der alte Adenauer, der war noch aus Hartholz geschnitzt. Wenn nicht erstunken und erlogen ist, was man hört, pflegte der Altkanzler jeden Morgen zu sagen: „Was geht mich mein Geschwätz von gestern an?“

Auch Toni Schumacher hat sich höchst ungenervt entschuldigt. Im WM-Halbfinale 1982 streckte der Kölner Torwart den Franzosen Battiston nieder, der verlor drei Zähne, wurde mit einer Gehirnerschütterung weggetragen, und Schumacher lehnte sich lässig an den Pfosten, kaute Kaugummi und sagte hinterher: „Ich zahl' ihm die Jacket-Kronen.“

Ein Sorry? Alle, die das damals vom tollkühnen Toni verlangt hätten, hätte er gleich auch noch weggerammt und gezischt: „Ihr Spacken!“

Spacken sagen Fußballer dann, wenn sie meinen, dass Dummkopf und Idiot nicht mehr reicht, und dieser Tage ist das deutliche Wort dem Kölner Kicker Dominick Drexler entfallen. Er saß im Mannschaftsbus, der am Geißbockheim losfuhr zum rheinischen Derby in Gladbach, und mit einem „Kölle Alaaf“ auf den Lippen zündeten draußen ein paar FC-Fans zur Verabschiedung ihre Leuchtraketen und bengalischen Feuer. Und weil Fußballstars auch im Bus ständig irgendwelche Videos drehen, kursierte im Internet sofort eines, in dem Drexler in Richtung der Knallerbsen schreit: „Was für Spacken!“

Früher war er selbst Fan. Als Jungspund stand er in der FC-Kurve, er ist dort quasi sozialisiert worden – und hätte sich jetzt bequem damit herausreden können, dass er damals das Wort „Spacken“ gelernt und nach Niederlagen die FC-Stars damit beschimpft hat. Doch was tut er?

„Sorry“, sagt Drexler. „Aufrichtig und von Herzen“ hat der Unglückliche sich am Samstag entschuldigt in einem offiziellen Communiqué des Geißbockvereins. Sportchef Horst Heldt brummt ihm außerdem eine saftige Geldstrafe auf, wie diesem anderen Dödel im Bus, der das Video gedreht und verbreitet hat. Wenn ein Klub weiß, wie man sich entschuldigt, dann die Kölner. Letzte Woche installierten sie einen neuen Mediendirektor, den Journalisten Fritz Esser. Bis herauskam, dass der einmal öffentlich der AfD applaudiert und FC-Fans als „Schwachmaten“ beleidigt hat. Kölns Bosse machten die Personalie rückgängig und gingen in Sack und Asche: „Wir bitten alle Mitglieder und Fans um Entschuldigung.“

Köln halt? Jecken? Das wäre zu kurz gesprochen. Denn der ganze Fußball tickt immer öfter nach dem Motto: Um den Kopf aus der Schlinge zu ziehen, muss der Entgleisung die unverzügliche Reue folgen. Kein Tag vergeht mehr, an dem nicht um Verzeihung gefleht wird, mit dem Ausdruck des höchsten Bedauerns. Letzte Woche kam heraus, dass sich Constantin Tolisso vom FC Bayern und der Zuberherhut-Zauberer Cunha von Hertha BSC verbotenermaßen in Tattoo-Studios verschönert hatten – und entsetzt riefen die zwei lautstark Sorry.

Oder Thomas Hitzlsperger, in Stuttgart. Wochenlang hatte der Vorstandschef der VfB-AG forsch erklärt, dass er bei der nächsten Wahl gegen Präsident Claus Vogt antritt, weil er den für eine jämmerliche Niete hält, die den Verein ruiniert. Die mit Vogt geistig verbundenen organisierten VfB-Fans stellten Hitzlsperger darauf als Daimler-Hampelmann und Mercedes-Marionette hin – und statt im Richtungskrieg seinen Mann zu stehen und Vogt im Gegenzug als Marionette der Ultras zu überführen, ging der Ex-Meisterspieler vor ein paar Tagen in die Knie und steht jetzt da wie das Abziehbild einer Führungsfigur.

„Sorry“, sagt Hitzlsperger. So eine Entschuldigung gehört mittlerweile zum Spiel wie der Ball oder wie die körperfüllenden Tattoos der Protagonisten. Die ersten Fußballer lassen sich angeblich schon das Hirn absaugen oder tieferlegen, aber der wahre Modetrend ist das Sorry, wie im Rest der Welt. „Sorry“-Grüßkarten boomen, „Sorry“, singt Madonna, und rund um die Uhr wird derart zweckdienlich um Verzeihung gefleht, dass im Internet schon eine „Sorry“-Software heruntergeladen werden kann.

Die hohe Schule des Pardons, das ist es, worauf auch die Fußballer schwören. Ein geschmeidiges Sorry ist wie eine gelungene Schwalbe im Strafraum, man weiß es spätestens seit Stefan Effenberg. Als der sich in seiner Blütezeit als Bayern-Star anlässlich einer Meisterfeier einmal danebenbenahm, hat er sich tags darauf geschwind mit seinem Alkoholpegel entschuldigt – worauf ihm „Bild“ im Namen aller Durstigen auf der Stelle verzieh: „Ist okay, Effe!“ Die Sache war erledigt, Prost. Seither sagt jeder Fußballer, wenn er nach dem Kater wieder alle Sinne beisammen hat, sofort Sorry.

Woran man eine überzeugende Entschuldigung erkennt? Die Wissenschaft ist sich einig, dass sich die unverfälschte Reue vor allem in Form einer demütigen Grundhaltung zeigt, und der hängende Kopf sollte dabei einhergehen mit einem halbwegs verschämten Gesichtsausdruck – also mit all den Dingen, die am Wochenende auch Dominick Drexler als effektive Stilmittel des glaubhaften Bedauerns eingesetzt hat.

Aber noch lassen die Kölner ihn zappeln. „Wer seine Fans Spacken nennt“, twittert FC-Ikone Lukas Podolski, „hat dieses Trikot nicht verdient.“ Und die Rückkehr der Helden nach dem Derbyspiel in Gladbach geriet für den Bösewicht zum Spießrutenlauf, durch den Hintereingang musste er vor den Ultras gerettet werden, die feindselig durch ihre Zähne zischten: „Wo ist Drexler?“ Der sitzt jetzt zitternd zu Hause und fragt sich im Namen aller Fußballspieler: Glauben die ersten Spacken unsere täglichen Sorrys nicht mehr?

Table with 10 columns: Sp, Gew, Un, Verl, Heim, Auswärts, Tore, Pt. Shows league table for the 20th matchday of the Bundesliga.

Die nächsten Spiele: Freitag, 20.30 Uhr: RB Leipzig – FC Augsburg; Samstag, 15.30 Uhr: Borussia Dortmund – TSG Hoffenheim, Bayer Leverkusen – Mainz 05, Werder Bremen – SC Freiburg, VfB Stuttgart – Hertha BSC; 18.30 Uhr: Union Berlin – Schalke 04; Sonntag, 15.30 Uhr: Eintracht Frankfurt – 1. FC Köln; 18.00 Uhr: VfL Wolfsburg – Borussia Mönchengladbach; Montag, 20.30 Uhr: Bayern München – Arminia Bielefeld.



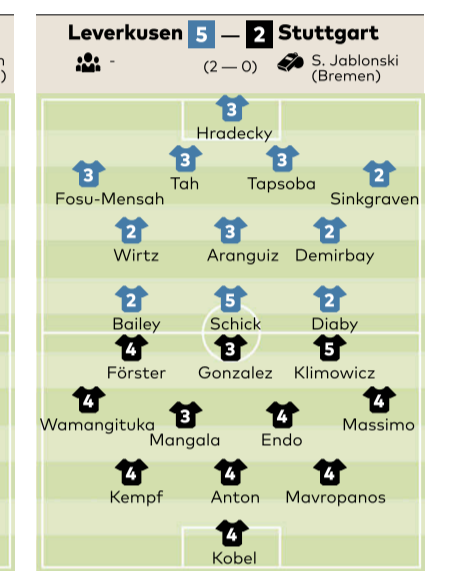
Tor: Coman 0:1 (21.)

Auswechslungen: Alderete für Guendouzi (56.), Radonicic für Khedira für (63.), R. Schröder für Torunarigha für (81.), Leckle für (81.), Tausart für Darida, Piatek für Ascacibar, Cunha für Lukebakio (73.), Tolisso für Gnanou, Choppo-Mating für Coman.



Tor: Niakhaté 1:0 (22., Eifm.)

Auswechslungen: Glatzel für Szalai (80.), Tauer für Szalai (80.), Burkardt für Oniswivo (84.), Griesbeck für Gintinger (66.), Ryerson für Musu für (66.), Pajonkowski für Teuchert (73.), Awoniyi für Gintinger (81.).



Tore: Demirbay 1:0 (18.), Demirbay 2:0 (31.), Kalajdzic 2:1 (50.), Bailey 3:1 (56.), Wirtz 4:1 (68.), Kalajdzic 4:2 (77.), Gray 5:2 (84.)

Auswechslungen: Dragovic für Frimpong (62.), Gray für Bailey (74.), S. Bender für Fosu-Mensah (87.), Bailey für Diaby, Aranguiz für Wirtz, Schick für Demirbay, Diaby für Färster, Gonzalez für Klimowicz, Mangala für Endo, Massimo für Wamangituka, Endo für Kempf, Anton für Mavropanos, Kobel für Kappel.



Tore: Weghorst 0:1 (38.), Baku 0:2 (59.)

Auswechslungen: Vidosic für Benes (66.), Jensen für Caligiuri (67.), Oxford für Griezoo (77.), Civeja für Strobl (77.), Vargas für Hahn (86.).



Tore: Mukiele 0:1 (45.+3.), Sabitzer 0:2 (73.), Orban 0:3 (87.)

Auswechslungen: Bouajlab für Uth (39.), Ramon für Schöpf (59.), Thiw für Mascarell (59.), Serdar für Hoppe (79.).



Tore: Jeong 1:0 (49.), Schmid 2:0 (52.), Moukoko 2:1 (76.)

Auswechslungen: Haberer für Petersen für Gulde für Jeong (70.), Demirovic für Grifo (77.), Kübler für Schmid (86.), Kettel für Höler (86.).



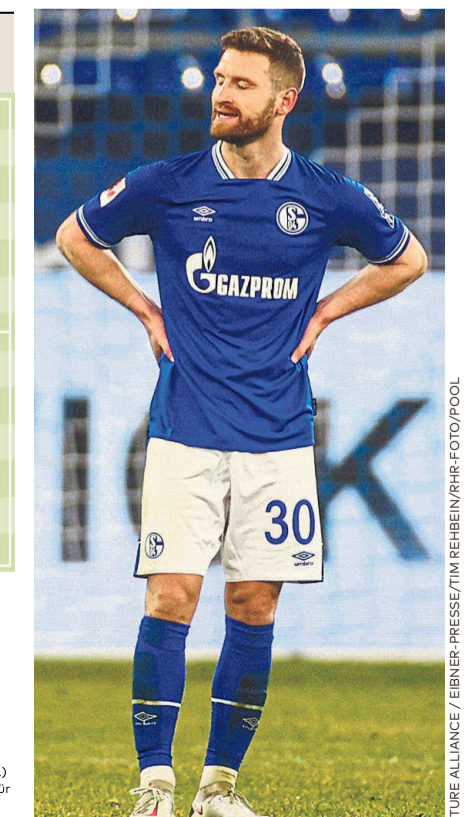
Tore: Rexhebecaj 0:1 (3.), Neuhaus 1:1 (16.), Rexhebecaj 1:2 (55.)

Auswechslungen: Kramer für Plek für Embolo (48.), Thuram für Hoffmann für Herrmann (58.), Bensebaini für Wendt (58.).



Tore: Kostic 0:1 (15.), Bebau 1:1 (47.), N'Dicka 1:2 (62.), Silva 1:3 (64.)

Auswechslungen: Kaderabek für Bebau für Baumgartner für Gacinovic (46.), Grillitsch für Posch (46.), Samassek für Samassek (70.), Dabbur für Posch (83.).



Tristesse pur: Auch mit Zugang Mus-tafti war Schalke nicht in der Lage, die 14. Saisonniederlage abzuwenden

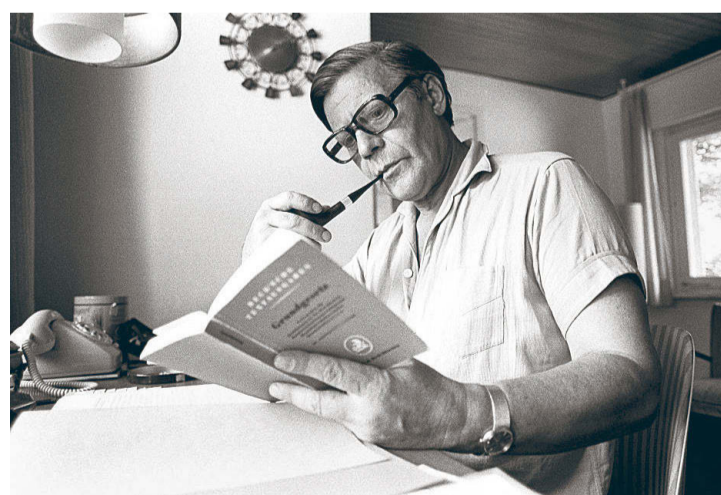
Die Zahlen in den Trikots sind die Noten für die Spieler | Eifm. = Elfmeter ET = Eigentor

SVEN SIMON und die fünf Bundeskanzler

Axel Springer junior gehört zu den namhaftesten deutschen Fotografen der 60er- und 70er-Jahre. Ein Bildband erinnert an sein Wirken



Zu Helmut Schmidt und seiner Frau Loki (o. 1966 in Moskau) hatte Sven Simon ein besonders enges Verhältnis. Das zeigen auch Bilder, die andere Fotografen von ihnen machten (u.l. und u.r.) in der Redaktion von WELT AM SONNTAG



Auf die Perspektive kommt es an. Und auf das Gespür für den richtigen Moment. Einen Auslöser drücken kann beinahe jeder, und auch die Hürden für eine technisch saubere Aufnahme sind seit den Plattenkameras der ersten Lichtbildreporter um 1900 ständig niedriger geworden. Dennoch gibt es große Fotografen, die eindrucksvolle Aufnahmen machen, von denen einige zu Ikonen aufsteigen, ins Bildgedächtnis einer ganzen Nation eingehen. Was sie unterscheidet von den Abermillionen Gelegenheitsknipsern, sind der Blick für die Perspektive und das Gespür für den richtigen Moment.

Beides hatte Sven Simon, der mit bürgerlichen Namen Axel Springer junior hieß. Am 7. Februar 1941 in Hamburg als zweites Kind und erster Sohn des späteren Verlegers Axel Springer (in dessen Unternehmen seit 1953 auch WELT erscheint) geboren, jährt sich 2021 sein Geburtstag zum 80. Mal. Doch Sven Simon schied schon Anfang 1980 mit knapp 39 Jahren aus dem Leben. Geblieben sind von ihm, neben den Erinnerungen seiner Familie, Tausende beeindruckende Fotos. Sie zeigen, dass Sven Simon wie wenige andere Fotografen seiner Zeit Augenblicke und Persönlichkeiten auf Film bannen konnte. Jeder, wirklich jeder einigermaßen aufmerksame heutige Deutsche kennt Aufnahmen von Sven Simon.

VON SVEN FELIX KELLERHOFF

Zum Beispiel wie Uwe Seeler 1966 nach dem „Wembley-Tor“ und dem verlorenen Finale bei der Fußball-WM in London geknickt vom Spielfeld geleitet wird. Oder wie Willy Brandt 1970 vor dem Denkmal für den Gettoaufstand in Warschau auf die Knie sinkt und ein ganzes Rudel von Fotografen und Kameralenten ihn dabei ablichtet. Sven Simon jedoch steht (mit deutlich weniger Kollegen) auf der anderen Seite und hält den Kontrast zwischen der großen, laut Brandt spontanen Geste und der in einer Mediendemokratie (der Bundesrepublik, nicht der damaligen Volksrepublik Polen) unvermeidlichen Präsenz von Berichterstattern fest.

Springer junior, der sich während seines Volontariats das Pseudonym „Sven Simon“ zulegt, sucht stets den anderen Blickwinkel. Das zeigen gut seine Porträts der ersten fünf Bundeskanzler, die er allesamt wiederholt, manchmal sogar oft ablichtet. Vielleicht hilft ihm dabei sein bürgerlicher Name, also die Bedeutung seines Vaters als Verleger. Aber selbst wenn das so gewesen wäre, schmälert es keineswegs die exzellente Qualität vieler seiner Aufnahmen. Etwa der Serie, die den Maler Oskar Kokoschka 1966 beim Porträtieren des Gründungskanzlers Konrad Adenauer zeigt. Drei Wochen nimmt sich der 90-Jährige Zeit, dem ebenfalls schon 80-jährigen Expressionisten Modell zu stehen. Sven Simon ist mit der Kamera in Cadenabbia am Comer See dabei.

Gute Porträts brauchen Nähe und Ruhe. Das strahlen Sven Simons Aufnahmen von Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard aus. Der Fotograf darf 1965 im kurz zuvor eingeweihten gläsernen Kanzlerbungalow im Park hinter dem Palais Schaumburg in Bonn am Rhein aufnehmen; ihm gelingt eine Gegenlichtaufnahme des als Wirtschaftsminister ebenso erfolgreichen wie als Regierungschef erfolglosen Erhard. Als der zweite Bundeskanzler am 30. November 1966 zurücktritt und seinen Amtssitz, das Palais Schaumburg, verlässt, drückt Sven Simon wenige Meter hinter ihm auf den Auslöser: das klassische Motiv für einen abtretenden Politiker.

Auch Erhards Nachfolger Kurt Georg Kiesinger lässt Simon nah an sich heran – obwohl stets klar ist, dass Springer junior sich als Fotojournalist sieht, nie als Hofberichterstatte. Der dritte Kanzler vor einem Spiegel beim Richten der Krawatte anlässlich einer TV-Ansprache mit verschmitztem Lächeln: So etwas gelingt nur einem anerkannten wie eigenständigen Berichterstatte.

So jemand kann dann auch Inszenierungen umsetzen, die schier unglaublich klängen, wären sie nicht durch Fotos belegt: Als Kiesinger, körperlich ein Hüne, 1969 seinen Nachfolger Willy Brandt im Kanzlerbüro begrüßt (wie es für einen abtretenden Spitzenpolitiker in einer Demokratie selbstverständlich ist), wird deutlich: Ein Doppelporträt mit dem einen ganzen Kopf kleineren SPD-Vorsitzenden muss zwangsläufig zum Nachteil des vierten Bundeskanzlers ausfallen. Sven Simon schafft es, seine Protagonisten zu einer ungewöhnlichen Geste zu bewegen: Brandt stellt sich auf eine Materialkiste, und Kiesinger nimmt es hin, dass so der scheidende und der neue Kanzler auf Augenhöhe erscheinen.

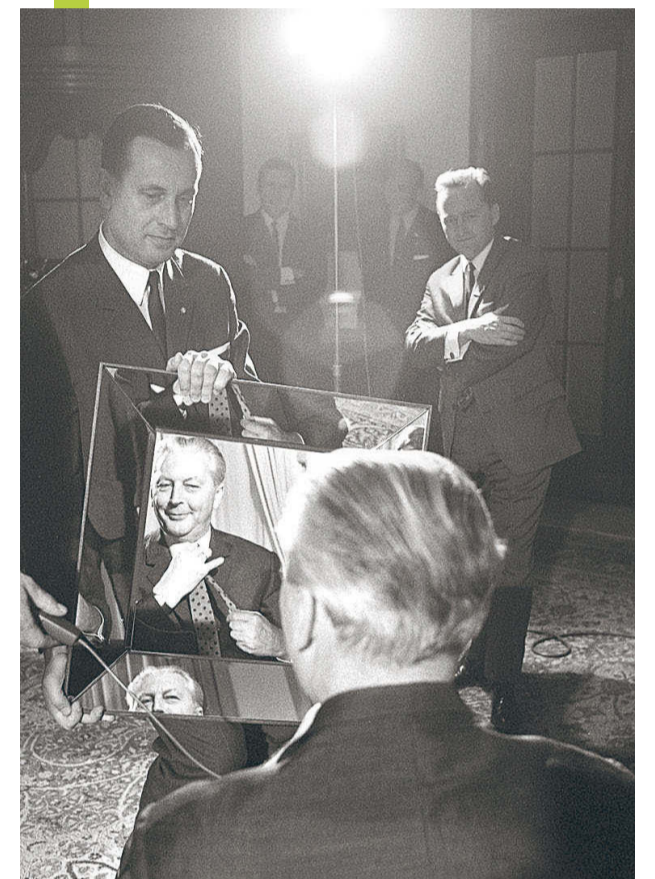
Ein weiteres berühmtes und oft zu sehendes Brandt-Porträt gelingt Springer junior 1970 in Erfurt: Der Bundeskanzler schaut aus dem Fenster des Hotels „Erfurter Hof“ beim ersten Besuch eines westdeutschen Regierungschefs in der DDR. Man sieht ihm an, wie das Amt in nur einem Jahr hat altern lassen und wie er an der Teilung Deutschlands leidet. Das hat Brandt gewiss mit Sven Simon (und Axel Springer) gemein.

Die sicher persönlichsten Fotos eines Bundeskanzlers macht der Fotograf von Helmut Schmidt. Das hat einen einfachen Grund – Loki, die Frau des Politikers, ist eine Zeitlang in Hamburg die Lehrerin von Axel junior gewesen. Schon 1966, Schmidt ist gerade erst aus der Hamburger Stadtpolitik zurückgekehrt nach Bonn, begleitet er die Familie auf einer privaten Reise in die Sowjetunion. Es entstehen Fotos eines nachdenklichen Mannes, der offensichtlich nach Höherem strebt.

Bei anderen Politikern hätte eine Aufnahme wohl peinlich wirkt, wie sie Sven Simon 1973 von Helmut Schmidt macht: Im Freizeitlook, mit der Pfeife im Mund, liest der Bundesfinanzminister und schon klar zweite Mann der Bundesregierung nach Brandt in einem Grundgesetzkommentar. Sven Simon schaffte es, dieses Motiv mit Schmidt würdig aussehen zu lassen.

Seine Aufnahmen von Loki und Helmut Schmidt zeugen von einer großen Sympathie und sind gleichwohl nicht anbiedernd. Nur wenn ein Reporter diesen Spagat schafft, können ihm regelmäßig Aufnahmen gelingen, die Teil der Zeitgeschichte werden. Zu den großen Fotografen der Bundesrepublik gehört Sven Simon ohne Zweifel, neben Legenden der Bonner Republik wie dem älteren Jupp Darchinger oder dem sechs Wochen jüngeren Konrad R. Müller. Gemeinsam ist ihnen bei allen stilistischen Unterschieden das Gefühl für den besonderen Blickwinkel und den richtigen Augenblick.

Neue Geschichten aus der Geschichte lesen Sie täglich auf: www.welt.de/geschichte



Die ersten vier Bundeskanzler wurden wiederholt das Motiv für Sven Simon



Hommage an einen Fotografen

Am 7. Februar 2021 wäre Axel Springer junior 80 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass haben sein Sohn Axel Sven Springer und Lars-Broder Keil, der Leiter des Unternehmensarchivs der Axel Springer SE, einen Bildband mit ausgewählten Aufnahmen aus dem Bestand der immer noch aktiven Fotoagentur Sven Simon herausgegeben („Das besondere Bild. Werk und Leben des Fotografen Sven Simon“, Edition Braus, 144 S., 20 Euro). Die berühmten Ikonen sind darunter, aber auch **Wiederentdeckungen** wie sehr private Aufnahmen von Romy Schneider mit ihrem kleinen Sohn David, die Porträts von Kubas Machthaber Fidel Castro oder Aufnahmen aus Israel 1967 bis 1973. Nebenbei klären die beiden Herausgeber auch auf, dass eines der bekanntesten Bilder der Agentur Sven Simon, die schwarz-weiße Aufnahme von David Ben Gurion mit seinem Enkel, erstens nicht wie meist zu lesen in der Negev-Wüste entstand, sondern bei Tel Aviv, und dass zweitens diese Aufnahme Rosemarie Springer machte, seine Frau – Axel junior fotografierte in dem kurzen möglichen Zeitfenster mit einer Kamera mit Farbmateriale. sfk

Sie war gerade erst 18 geworden, da tötete Caroline H. das erste Mal. Im Züricher Parkhaus Urania erstach sie am 26. Juni 1991 Barbara B., 29. Sie verachte Frauen, das Klackern der hohen Schuhe von B. habe sie aggressiv gemacht, sagte die gebürtige Österreicherin dazu später vor Gericht. Die Tat blieb zunächst unaufgeklärt. Sechs Jahre später griff H. wieder zum Messer. Am Zürichsee schnitt sie Johanna G., 61, mit einem Teppichmesser die Kehle durch. 1998 wurde in Zürich erneut eine Frau angegriffen, eine 78 Jahre Buchhändlerin, die mit Messerstichen schwer verletzt wird.

VON KERSTIN ROTTMANN

Für die Polizei war Caroline H. da keine Unbekannte mehr: Sie war als notorische Brandstifterin aktenkundig, hatte seit ihrer Jugend Dutzende Brände gelegt und saß deswegen auch schon in Haft. 1998 war es wieder so weit: H. hatte sich zuvor selbst in die Psychiatrie eingewiesen. Weil sie dort einen Beamten angriff, kam sie in Untersuchungshaft. In den Vernehmungen sprach sie über Gewaltfantasien, Träume, die sie habe – von einem Mord in einem Parkhaus etwa. Im Verhör gestand H. den Parkhausmord, aber auch den Mord am Zürichsee sowie den Übergriff auf die Buchhändlerin. 2001 wurde sie deshalb zu lebenslanger Haft mit anschließender Verwahrung verurteilt. 19 Jahre später machte ihr Fall erneut Schlagzeilen: Der Reporter Carlos Hanimann, 38, rollte den Fall der bekanntesten Mörderin der Schweiz für das Magazin „Republik“ noch einmal auf. Rund 30 Jahre nach der vermutlich ersten Bluttat von Caroline H. sprach WELT mit ihm über ein schier unglaubliches Szenario.

WELT: Eine Frau, die seit 19 Jahren in Haft sitzt, für die ein ganzer Hochsicherheitstrakt gebaut worden ist – die könnte unschuldig sein. Wie kommen Sie denn darauf?

Carlos Hanimann: Ich habe vor fünf Jahren jemanden kennengelernt, der an der offiziellen Version der Morde zweifelt. Der Fall Caroline H. ist ja einer der bekanntesten Kriminalfälle in der Geschichte der Schweiz. Diesen Informanten nenne ich im Buch den „Hugentobler“, er vertritt eine alternative Theorie.

Wie lautet die?

Der Hugentobler glaubt, einen der beiden Morde, für die Caroline H. verurteilt wurde, habe ein anderer begangen. Ihm soll in den Tagen vor diesem „Mord beim Chinagarten“ ein anderer Mann die Tat quasi angekündigt haben. Dieser Mann habe sehr detailliert und glaubwürdig beschrieben, wie er eine Frau töten wolle. Er glaubte deshalb bereits seit 20 Jahren, dass hinter diesem Mord eben nicht Caroline H. steckt. Ich bezweifelte diese Theorie zunächst, habe dann aber trotzdem angefangen, den Fall neu aufzurollen.

Was spricht denn dafür, dass H. – eine Frau, die zum Zeitpunkt des ersten Mordes gerade erst volljährig geworden war – auch den Parkhausmord womöglich nicht begangen hat?

Es gibt drei Elemente, die mich mit zum Zweifeln gebracht haben: die dünne Beweislage, die Unglaubwürdigkeit der Person, die gestanden hat, und der Verdacht einer alternativen Täterschaft.

Können Sie das im Detail ausführen?

Caroline H. wurde ja allein aufgrund ihrer Geständnisse verurteilt. Es gab keine DNA, keine Fingerabdrücke, keine Tatwaffe, keine Zeugen, kein einziges Beweismittel außer den Geständnissen. Geständnisse sind ja wertvoll. Aber man weiß auch, dass sie sehr fehleranfällig sind. Ihre Schuldeingeständnisse waren zudem detailarm. Sie konnte beispielsweise wenige Angaben machen, wie genau sie diese Frauen umgebracht hat. Insbesondere der Mord im Parkhaus blieb sehr vage. Das Gericht erklärte das damals so, dass sie die Details womöglich verdrängt hatte.

Hatte Caroline H. denn Täterwissen?

Die Polizisten sagen, sie hatte es. Die Richter teilten diese Ansicht. Aber was war dieses Täterwissen? Beim Parkhausmord wusste sie, dass die Frau einen Autoschlüssel in der Hand hatte, und dass das Opfer Schuhe mit klackernden Absätzen trug. Ich will das nicht kleinreden. Aber wenn eine Frau aus einer Parkgarage kommt, dann ist es sehr wahrscheinlich, dass sie einen Autoschlüssel dabei hat, und dass sie Absatzschuhe trägt, dürfte auch für einen hohen Prozentsatz an Frauen zutreffen.

Was lässt Sie noch zweifeln?

Den Parkhausmord kann man zeitlich genau eingrenzen. Das spätere Opfer hatte in Zürich ein Festkleid gekauft. Sie ist dann mit dem Auto in die Garage



Blick ins Parkhaus Urania im Jahr 1991, dem Jahr, in dem dort auch der Mord an einer 29-Jährigen begangen wurde. Seit dem Fall gibt es in der Schweiz Frauenparkplätze

„Sie wollte dieses Monster sein, das aus ihr gemacht wurde“

Caroline H. soll zwei brutale Morde begangen haben. Seit 20 Jahren sitzt die „gefährlichste Frau der Schweiz“ in einem eigens errichteten Hochsicherheitstrakt. Was aber, wenn sie unschuldig ist? Carlos Hanimann hat einen schier unglaublichen Verdacht

eingefahren und hat ein Parkticket gezogen. Drei Minuten, nachdem sie dieses hatte, ging schon der Notruf bei der Polizei ein. Drei Minuten! Das heißt, in dieser kurzen Zeit muss die Täterin oder der Täter die Frau getötet haben. Übrigens waren beim Parkhausmord auch Hinweise auf einen Raubmord vorhanden. Zeugen wollten zwei „südländisch aussehende Männer“ beim Verlassen der Garage beobachten haben. Die Handtasche der Toten fand man zudem später ein Stockwerk entfernt – ohne Geldbörse.

Kommen wir zur mangelnden Glaubwürdigkeit. Was lässt Sie da zweifeln? Es gibt mindestens sechs verschiedene Gutachten zu Frau H. Darin wurden ihr verschiedene Persönlichkeitsstörungen attestiert: Mal war es eine dissoziale Persönlichkeitsstörung, mal ein Borderline-Störung. H. habe die Schwäche anderer verachtet, wollte selbst stark erscheinen, sich förmlich erheben über andere. Das wäre ein durchaus plausibler Grund: Energie daraus zu schöpfen, als gefährliche Mörderin zu gelten. Personen, die in den Neunzigern engen Kontakt mit ihr hatten, sagten mir wörtlich: „Sie wollte immer eine Schwerverbrecherin sein.“ Das äußerte etwa ein Psychiater, der ein Gutachten verfasst hatte, aber auch andere Leute, die sie eng begleitet hatten.

Aber warum sollte ein Mensch etwas gestehen, was er oder sie nicht getan hat, und dafür sogar in Haft gehen?

Es könnte an einem schwachen Selbstwertgefühl liegen. Polizisten, aber auch Vertraute von ihr haben das mir gegenüber angedeutet, H. habe die Schwäche anderer verachtet, wollte selbst stark erscheinen, sich förmlich erheben über andere. Das wäre ein durchaus plausibler Grund: Energie daraus zu schöpfen, als gefährliche Mörderin zu gelten. Personen, die in den Neunzigern engen Kontakt mit ihr hatten, sagten mir wörtlich: „Sie wollte immer eine Schwerverbrecherin sein.“ Das äußerte etwa ein Psychiater, der ein Gutachten verfasst hatte, aber auch andere Leute, die sie eng begleitet hatten.

Diese junge Frau war offenbar jemand, der Selbstbewusstsein daraus schöpfte, dass man Angst vor ihr hatte. Sie wollte dieses Monster sein, das man aus ihr machte! Als sie 1998 endlich im Gefängnis saß, ist ihr ein riesiger Stein vom Herzen gefallen. Sie wusste, dass sie sich nicht mehr mit ihren Ängsten und Mordfantasien auseinandersetzen musste, weil sie in einem geschützten Raum war.

Was sagt Frau H. selbst dazu? Sie haben ja versucht, sie zu kontaktieren. Nichts. Leider. Ich habe verschiedene Anläufe unternommen. Ich habe ihr einen Brief geschrieben, Kontakt über die Anwälte gesucht, später dann das Buch geschickt. Aber ich habe nie etwas von ihr selbst gehört. Ich weiß aber von ihrem Anwalt, dass sie sehr aufgewühlt war, nachdem ich ihr 2016 einen Brief geschickt hatte. Das war nach der Gerichtsverhandlung, wo sie auf ihren Geständniswiderruf angesprochen worden war. Der Anwalt sagte dann aber, sie selbst, aber auch er seien nicht an Spekulationen über eine alternative Täterschaft interessiert.

Sie hat ihre Geständnisse widerrufen? Genau. Caroline H. wurde ja für zwei Morde und einen versuchten Mord an einer Buchhändlerin verurteilt. Nachdem die Polizei ihre Verhaftung bekannt gegeben hatte, hat sie am Tag darauf den Angriff auf die Buchhändlerin widerrufen. Später, als sie längst in Haft war, hat sie gegenüber ihrer Therapeutin die Geständnisse zu den Morden ebenfalls zurückgenommen.

Warum haben diese Zweifel, diese schwachen Beweise, die Widerrufene niemanden interessiert?

Das frage ich mich auch. Auch ihre Weggefährten haben ja Zweifel geäußert. Sie konnten einfach nicht glauben, dass aus diesem jungen Mädchen – dem „Schluck Wasser“, wie sie einer beschrieb – ein solches Monster geworden sein sollte. Und in der Tat gab es diese Zweifel ja auch im Justizbereich. Öffentlich war das aber nie ein Thema.

Woran könnte das liegen?

Die Erleichterung, diese Taten endlich aufgeklärt zu sehen, war riesig. Es waren ja zehn Jahre vergangen. Dieser dramatische Parkhausmord, eine Frau mit durchgeschnittener Kehle, der war immer noch ungelöst. Dann kam es zu dem zweiten ungelösten Mord und dem Angriff auf die Buchhändlerin in der Kirchgasse – da war eine große Angst da. Und dann kam diese junge Brandstifterin, die man ja schon von früheren Verfahren kannte. Sie erzählte von Mordfantasien, bei denen man sich nicht sicher war, waren das nun Fantasien oder doch Realität? Als sie dann gestand, ist den Strafverfolgungsbehörden sicherlich ein Stein vom Herzen gefallen. Das löste gleich zwei Fälle, derwegen die Polizei in Zürich mächtig unter Druck stand.

Spielte auch die Faszination der „bösen Frau“ eine Rolle?

Das ist denkbar. Damals titelte eine Zeitung: „Der Mörder ist kein brutaler Sex-Gangster – sondern eine Frau“. Eine junge Frau, die offenbar bereits das abgrundtief Böse in sich trug – das war natürlich eine faszinierende Story. Wochenlang wurde über weibliche Abgründe berichtet. Es gab sogar die These, dass womöglich der böse Feminismus dazu geführt habe, dass nun auch die Frauen zu Mörderinnen werden würden. Offen gesagt: Da brannten bei einigen Kollegen die Sicherungen durch.

Auch die spätere Sicherheitsverwahrung ist beispiellos. Warum?

Es gibt kaum ein Vorbild dafür, dass eine Frau quasi aus dem Nichts heraus zur mehrfachen Mörderin wird. Es gibt ja Theorien über Serienmorde. Da passt Frau H. aber nicht so recht hinein. Sie hat etwa nicht, wie etwa die US-Serienmörderin Aileen Wuornos, als Kind und Jugendliche frühkindliche Verwahrlosung und sexuellen Missbrauch erlebt. Ihre Geschichte ist also außergewöhnlich, und das blieb auch im Strafvollzug so. Seit 1998 war sie nie mehr in Freiheit, sie saß zudem über 15 Jahre ausschließlich in Isolationshaft. Frau H. hat eine Einzelzelle, weil sie als gemeingefährlich galt, etwa für die Mitinsassinnen und das Personal. Tatsächlich hat

sie als Insassin verschiedene Angriffe auf Gefängnispersonal verübt. Meine Kollegin Brigitte Hürlimann hat Frau H. übrigens mehrmals besucht und mit ihr darüber gesprochen, wie sie sich fühlt. „Wie lebendig begraben“, sagte H. ihr damals. In den vergangenen Jahren aber gab es Vollzugslockerungen, weil sie sich gut verhalten hat. Sie darf etwa nun mit anderen Insassen zusammen essen.

Aber ohne Aussicht auf Freiheit?

Nein. Das ist ja das Erschütternde. Caroline H. – sie ist mittlerweile 48 Jahre alt – hat kaum eine Perspektive.

Hat sich seit der Buchveröffentlichung 2020 noch etwas getan?

Es haben sich erneut Informanten gemeldet, doch das ist alles im Sande verlaufen. Ich habe aber mit Juristen gesprochen, die glauben, dass mein Buch und die Aussagen des Mandanten Hugentobler reichen würden, um eine Revision anzustreben. Für eine Revision braucht es ja begründete Zweifel oder neue Beweise. Aber ein Revisionsgesuch müsste Frau H. schon selbst stellen. Fraglich ist ja auch: Würde der Informant die Aussagen in einem Verfahren wiederholen? Während meiner Recherchen hat er gezögert und wollte nicht öffentlich auftreten, weil er Angst vor dem alternativen Täter hatte. Ängste, die ich für sehr plausibel halte.

Wieso?

Verschiedene Personen, die den alternativen Täter kennen und kannten, haben mich vor ihm gewarnt. Er sei unberechenbar. Einer, der sein ganzes Leben mit Schwerverbrechern zu tun hatte und ihn kannte, sagte mir sogar: „So einen wie den würde man heute nicht mehr rauslassen.“ Ich selbst habe mit ihm ein Interview geführt, das mir noch immer in den Knochen steckt. Er war erst sehr freundlich – und äußerte dann eine Sekunde später Morddrohungen gegen andere Personen. Als wenn ein Schalter umgelegt worden wäre. Sehr beunruhigend.

■ Carlos Hanimann: Caroline H. Die gefährlichste Frau der Schweiz?, Echtzeit Verlag, 24 Euro.

Carlos Hanimann las Gutachten und Gerichtsakten zum Fall Caroline H. und sprach mit Weggefährten der verurteilten Mörderin



„Ich wollte das ganz große Spiel“

Jörn Leogrande war jahrelang verantwortlich für die PR bei Wirecard, arbeitete mit Jan Marsalek zusammen. Die Sicht auf die Skandalfirma ist ihm zu schwarz-weiß. Ein Gespräch über gute Menschen, die teuflische Gier – und seine persönliche Schuld

Erst von den Börsen und der Politik gefeiert, dann wegen gefakter Bilanzen in Milliardenhöhe aufgefliegen: Der Fall der Firma Wirecard hat die Wirtschaftswelt tief erschüttert. Die Aufarbeitung des Skandals ist noch in vollem Gange. Jörn Leogrande, geboren 1963, arbeitete 15 Jahre lang bei Wirecard, machte dort als Außenseiter (studierter Germanist) Karriere und hat gerade ein Buch veröffentlicht: „Bad Company. Meine denkwürdige Karriere bei der Wirecard AG“ (Penguin, 288 S., 22 €.).

VON UTE COHEN

WELT: Herr Leogrande, mit Ihrem Buch „Bad Company“ bieten Sie Ihren Lesern eine „authentische Innenansicht“ des Konzerns Wirecard an. Ist das ein unmoralisches Angebot oder ein Angebot, das man nicht ablehnen kann?

JÖRN LEOGRANDE: (lacht) Also ein unmoralisches Angebot, das glaub ich nicht. Es ist die Chance, eine Innenansicht wahrzunehmen. Wir hören ja zurzeit vor allem externe Geschichten, die schnell *larger than life* werden. Dieser merkwürdigen Schwarz-Weiß-Sicht über Wirecard wollte ich ein paar Grautöne, Schattierungen hinzufügen. Immerhin habe ich die Protagonisten der Story gekannt und mit ihnen gearbeitet.

Der Begriff „authentisch“ wird inzwischen inflationär verwendet.

Ich meine damit, dass ich nichts erfunden habe. Die großen Erzählstränge im Buch stimmen so. Ich habe mich bemüht, mich nah an der von mir erlebten Wahrheit zu bewegen. Es ist aber nur meine Wahrheit.

Das Buch ist also kein Gegenstück zum *Revenge Porn*, quasi Ihr *Business Revenge Porn*?

Viele sagen ja, das sei eine Abrechnung. Das empfinde ich aber nicht so. Eine Abrechnung hätte man anders geschrieben. Wenn ich überhaupt mit jemandem abrechne, dann ist das mit mir. An dieses Buch konnte ich nicht wie ein Sachbuchautor herangehen und Fakten zusammenstellen. Es ging auch um Verführung. Für mich hatte sich damals die Chance ergeben, wirklich etwas zu bewegen in einem Bereich, in den ich normalerweise nie hineingekommen wäre.

Jan Marsalek, Vorstand der Wirecard AG, nutzte „Kommunikation als Machtinstrument“, sagen Sie. War dieses Buch für Sie eine „Kommunikations-Challenge“, um im Wirecard-Jargon zu sprechen? War Marsaleks „Craziness“ Ihre Chance?

Natürlich war das auch eine Chance. Ohne die Geschichte der Wirecard hätte ich kein Buch geschrieben. Das Thema Wirecard wird aber gern unter den Tisch gekehrt. Die Karawane zieht weiter. Dass ich nun dieses Innenbild zeige, wird nicht gut ankommen bei den ehemaligen Kollegen. Das ist so eine verschworene Geschichte: Man wird sagen, da labert jetzt jemand, da gibt jemand Details preis. Im Grunde soll die Geschichte reibungslos weitergehen. Mit dem Buch beziehe ich Stellung.

Bad Banks, Bad Companies ... Ausfallrisiken auf Dritte zu übertragen ist typisch für Ihre Protagonisten. Waren die Blender und Hochstapler bei Wirecard „Bad People“ oder eben doch nur „Jungs aus gutem Hause, die „Bad Boys“ spielen wollten“?

Per se waren sie wohl keine schlechten Personen. Ich glaube nicht, dass jemand wie Jan Marsalek in so eine Firma einsteigt und sich sagt: Ich geb' mir jetzt mal 20 Jahre, und dann raube ich die Bank aus. Das waren aus meiner Sicht Leute, die versucht haben, im internationalen Tech-Business eine relevante Rolle zu spielen. Man braucht aber im Payment-Business Geduld, die diese Leute nicht hatten. Letztlich ist es so: Man geht immer einen Schritt weiter und am Ende ist man in einem *Catch 22*, einer Zwickmühle, muss immer weiter-

gehen. Wir alle kennen dieses Gefühl, dass man gefangen ist in der eigenen Geschichte, die dann eine Eigendynamik gewinnt.

Inwiefern sind diese Menschen *bad*? Sie wollen eine Abkürzung zum Erfolg nehmen. Wenn man denkt, dass die technische Transaktion mit dem eigentlichen Produkt (z. B. Porno-Business, Anm. d. Red.) nichts zu tun hat, dann ist man schnell auf dem Weg zum *Bad Cop*.

Sie selbst haben Germanistik studiert und avancierten zum „Head of Marketing im TecDax“. Was hat Sie daran gereizt, das Image einer Firma aufzupolieren, die ein Finanz-Blogger schon 2008 „groteske Bumsbude“ nannte? Wirecard war ja auf Gaming-Gambling-Porno-Bezahltransaktionen spezialisiert.

Gereizt hat mich, von Grund auf ein Unternehmen zu begleiten, in eine ganz andere Dimension zu führen. Ich wollte immer einmal das ganz große Spiel spielen. Nicht immer nur dieses *nitty-gritty*, hie und da an einer Broschüre zu texten. Ich war angefixt, von der Idee, irgendetwas Relevantes zu machen.

Diese Relevanz war allerdings von jeglicher Moral entkoppelt.

Die Frage nach der Moral ist in der Bezahlabwicklung eine schwierige Frage. Das Geschäft ist entkoppelt von traditionellen Werten. Es war mir als Marketingtyp auch lange nicht klar, wie das wirkliche Business lief. Die Bereiche Porno und Gambling waren ziemlich abgekapselt.

Wie kam es dazu, dass Business- und Storyline so weit auseinanderdriften konnten?

Es gibt zwei Arten von Unternehmen: Die einen konzentrieren sich auf die Businessline. Die machen ihr Ding und operieren unter dem Radar. Bei Wirecard kam der ultimative Größenwahn dazu, ein relevantes Unternehmen zu sein. Aggressiv „Umsatz, Umsatz, Umsatz“ zu fordern und gleichzeitig die Mission zu haben, Manager des Jahres zu sein, das ist die Mischung, die es möglich macht.

Als *direct report* gehörten Sie lange zum engsten Führungskreis. Haben Sie sich persönlich schuldig gemacht? Die Frage stellen Sie sich im Buch und antworten sogleich: Juristisch in keiner Weise. Inwiefern also?

Ich war für Jan Marsalek wohl der Designfuzzi, dem man keine Dinge anvertraut, die relevant sind. Ich habe mich zwar in die Technologie hineingefuchst, aber die Businesscleverness fehlt mir. Wie viele Mitarbeiter der Wirecard habe auch ich mitgeholfen, eine Fassade aufzubauen, zum Beispiel durch *Press Releases*, ohne mir darüber bewusst zu sein. Da fragt man auch nicht beim Vorstand nach, wie denn die Bilanz im Detail aussieht. Leute, die so eine ungeheure Geschichte bauen, die kriegt man auch nicht mit einer Frage nach dem Jahresabschluss aus dem Konzept. Die haben ihre Geschichten so trainiert, dass sie teilweise selber daran glauben. Es war für mich natürlich auch bequem bei Wirecard zu bleiben; die Angebote der Headhunter waren nicht attraktiv genug. Schuld? Meine Schuld liegt darin, die Firma nicht weiter hinterfragt zu haben. Es ist letztlich eine moralische Schuld.

Die Bilanz der Wirecard war bereits seit 2008 suspekt. Wie kommt es, dass renommierte Wirtschaftsprüfer von Ernst & Young die Ungereimtheiten nicht feststellten? Wie erklärt sich, dass die versiertesten Banker von Goldman Sachs zum Beispiel das Spiel nicht durchschauten?

Das kann ich Ihnen nicht erklären. Die Wirecard hat ein unglaublich kompliziertes Geschäftsmodell aufgebaut. Allein in Europa haben wir einen Flickenteppich von Regulierungen. Vielleicht sieht man das ganz Einfache nicht, wenn man ganz nah dran ist. Was das Fass zum Überlaufen gebracht hat, war das fehlende Testat der Bilanzen von Ernst & Young. Selbst



Ein studierter Germanist, der das „real thing“ wollte: Jörn Leogrande

”

MEIN FEHLER WAR, DASS ICH MEIN BAUCHGEFÜHL NICHT ZUGELASSEN HABE

kurz davor gelang es aber Marsalek in einer virtuellen Townhall immer noch, die Mitarbeiter davon zu überzeugen, das alles korrekt abgelaufen ist. Auch Softbank hat noch eine Milliarde hineingebuttert.

Die Massenhysterie, der Run auf Wirecard-Aktien, wurde mit den immer gleichen Tricks angefeuert: Feindbilder von bösen Hedgefonds und der fieser „Financial Times“ wurden aufgebaut. Wäre das heute noch möglich? Shortseller waren damals ja wirklich in aller Munde. Mit dieser Vernichtungsrhetorik ist Markus Braun wahnsinnig lange durchgekommen, auch bei der Bafin. Diese Strategie der Eskalation würde wahrscheinlich auch heute funktionieren.

Derzeit gibt es einen neuen Hype: Amateurtrader gegen Hedgefonds.

Neu ist, dass den Hedgefonds gesagt wird: Wir überlassen euch nicht das Spielfeld. Ob das nachhaltig ist, muss man abwarten. Im Grunde ist es immer die Gier, die Menschen ins Verderben reißt. Hinter dem Glauben, 30 bis 40 Prozent Gewinn ohne Risiko seien möglich, steckt Gier, aber auch die Sehnsucht nach Wundern. An der Spitze von Robinhood steckt ein mehrfacher Milliardär. Ein cooler Name ändert nichts, letztlich geht's immer um dasselbe.

Ist der Kapitalmarkt tatsächlich effizient und mehr den Wohlstand unserer Gesellschaft – oder ist das Irrgläubige der Wirtschaftswissenschaftler? Der Kapitalmarkt ist meiner Meinung nach zumindest nicht mit ausreichend Kontrollinstrumenten ausgestattet, um Unternehmen wie Wirecard entgegenzu-

steuern. Allein die Aufnahmekriterien für den DAX sind rein zahlenbasiert, nicht qualitativ. Die Bafin versucht sich neu zu erfinden, und das ist gut so. Die Story ist aber *too big to fail*. Die ganze Geschichte war zu groß, um glauben zu können, dass so etwas stattfindet. Dazu kommt, dass Deutschland eben auch relevant sein will.

So wie Sie?

Ja (lacht). Im Grunde träumt jeder davon, relevant zu sein.

Agustín Carstens, Generaldirektor der BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich), ist der Ansicht, dass CBDCs (digitale Zentralbankwährungen) als „Grundlage für einen gut funktionierenden Zahlungsverkehr“ dienen können. Drohen Geldwäsche und Instabilität ohne Bindung an eine Identität?

In der Technologie der digitalen Währungen steckt viel Potenzial. Jede Innovation in der Zahlungsabwicklung eröffnet jedoch auch Fraudstern (Betrügern, d. Red.) Möglichkeiten. Es wird nicht diesen Sprung geben, wo wir sagen können: Jetzt sind wir alle *safe*. Wir müssen uns immer die Frage nach der Plausibilität stellen: Ist so etwas möglich?

Sind *Ratepay* und *Banxware* die Profiteure der Wirecard-Pleite?

Das würde ich nicht sagen. Wirecard bestand ja aus vielen Segmenten und Mikroprodukten. Einen direkten Konkurrenten, der alles abdeckte, gab es nicht. Deshalb gibt es auch keinen direkten hundertprozentigen Profitur. In das Geschäft der Consumer-Kredite, in dem ja viele sind, so auch PayPal, wollte Wirecard zwar einsteigen, denn die normale

Transaktion im Payment-Geschäft ist relativ ausgereizt, da sich daraus nur eine begrenzte Summe ziehen lässt. Jetzt muss man neue Wege der Monetarisierung finden. Adayn profitiert sicher stark; viele E-Commerce-Kunden der Wirecard sind dorthin gegangen.

Nach Ihrem Ausscheiden bei Wirecard arbeiteten Sie bei Finleap, wo Sie mittelständischen Unternehmen, Banken und Versicherungen bei der digitalen Transformation halfen.

Von Finleap habe ich mich im Januar getrennt. Nach fünfzehn Jahren im Finanzbereich brauche ich doch die Zeit, einmal kurz innezuhalten anstatt mich gleich mit aller Kraft in das nächste Fintech-Abenteuer zu stürzen.

Wie kommen Sie klar in unserer *Post-Truth-Post-Trust-Zeit*?

Vertrauen? Ich habe viel darüber nachgedacht, was ich mit meiner Erfahrung Leuten raten kann, wie man eine solche Krise verhindert. Es ist nicht mehr möglich zu sagen: „Schaut euch mal genau die Bilanzen an!“ Die sind viel zu komplex geworden. Rational kann man diese Dinge nicht auflösen. Es läuft im Grunde darauf hinaus: Gibt es ein Konto auf den Philippinen oder nicht? Mein Fehler war, mein Bauchgefühl nicht zuzulassen. Sich selber zu vertrauen und sich nicht selber zu belügen, ist das Einzige, was man machen kann. Die wirkliche Wahrheit ist, dass die Leute ziemlich schnell vergessen werden. 2019 wurde in die Dax-Unternehmen mehr als je zuvor investiert. Die Wirecard-Story hat nicht nachhaltig beeindruckt. Haben wir es wirklich mit einer Gesellschaft zu tun, die sagt: „Ich zieh mich da raus, weil ich denen nicht vertraue?“

PANORAMA

DIE WELT | MONTAG, 8. FEBRUAR 2021 | SEITE 24

KOMPAKT

BAYERN

Höhlenforscher stirbt bei Tauchgang

Der bei einem Tauchgang in einer Höhle in Bayern tödlich verunglückte Höhlenforscher ist von seinen Kameraden mit Wasser in der Lunge aus einer Engstelle gezogen worden. Der 57-Jährige war der Schlussmann der vierköpfigen Gruppe und tauchte nach einem engen Durchschlupf in einem etwa sechs Meter langen, wassergefüllten Siphon nicht auf, wie der Sprecher des zuständigen Höhlenforschungsverbands, Christian Schöffel, sagte. Warum das Opfer in der Höhle bei Dietfurt in der Oberpfalz trotz Maske und Pressluftflasche Wasser einatmete, sei bislang nicht geklärt. Der 57-Jährige starb am späten Samstagabend noch während der Rettungsaktion in der Höhle.

BORDEAUX

Frau kommt bei Explosion ums Leben

Bei einer Explosion in einer Autowerkstatt in Bordeaux ist am Samstag eine 88-jährige Frau ums Leben gekommen. Ihr 89-jähriger Mann wurde bei dem Unglück in der französischen Stadt schwer verletzt, wie die Feuerwehr mitteilte. Ersten Erkenntnissen zufolge wurde die Explosion durch Gas ausgelöst. Das Haus mit der Werkstatt wurde vollständig zerstört, zwei angrenzende Gebäude wurden beschädigt. Die Explosion hatte sich gegen acht Uhr morgens ereignet. Die 88-jährige Frau galt zunächst als vermisst. Am Nachmittag fand die Feuerwehr ihre Leiche unter den Trümmern. Ihr 89-jähriger Mann wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht.

ZU GUTER LETZT

Ein 70-Jähriger ist unbegleitet fast zwei Monate lang über den Atlantik gerudert. Frank Rothwell aus dem englischen Oldham war Mitte Dezember von der kanarischen Insel La Gomera gestartet und am Samstag in Antigua in der Karibik angekommen, wie die Organisation Alzheimer's Research UK mitteilte, für die der Brite Spenden sammelt. Der Organisation zufolge ist er der älteste Ruderer, der unbegleitet den Atlantik überquert hat.

Wir bleiben zu Hause – das klingt jetzt anders. Unterwegs zu sein war am Wochenende in vielen Teilen Deutschlands keine gute Idee. Schon gar nicht mit der Bahn, dem Auto oder mit dem Lastwagen auf einer Autobahn.

VON CAROLINE BOCK

Nach dem Lockdown wegen Corona kam der Flockdown mit einem Schneesturm, der am Sonntag über die Mitte Deutschlands hinwegfegte. Und das extreme Wetter ist noch nicht vorbei. Ein Überblick:

CHAOS

Ob in Magdeburg oder Hannover, der Schnee türmte sich so, wie es sonst die Menschen in Bayern gewohnt sind. Allein in Nordrhein-Westfalen gab es Hunderte Unfälle. In Städten wie Münster und Dortmund fuhren keine Busse mehr. Autos und sogar Räumfahrzeuge steckten im Schneetreiben fest. In Wuppertal blieb die Schwebebahn in eisiger Kälte stehen, sechs Menschen mussten mit Drehleitern in luftiger Höhe befreit werden. In Hessen hingen mehr als 55 Sattelschlepper bei Schnee und Eis auf den Autobahnen fest.

Das Heimspiel von Arminia Bielefeld gegen Werder Bremen in der Fußballbundesliga musste abgesagt werden. Beim Zirkus Max Renz in Wesel erwischte der Schnee das Zelt der Kamele. „Als hätten wir im vergangenen Jahr nicht schon genug mitgemacht“, schrieb der Zirkus bei Facebook mit Blick auf die Corona-Zwangspause. Die Tiere seien aber unverletzt geblieben.

Schneeschippen vorm Haus war vielerorts angesagt, so wie in Irlxleben bei Magdeburg. Dort erzählte der Mitarbeiter eines Winterdienstes, aktuell habe es keinen Sinn, Salz zu streuen, weil der Schnee eh drauf falle. Zur Zeit helfe einfach nur „schieben, schieben, schieben“. In Niedersachsen musste die Autobahn 7 zwischen Bockenem und Salzgitter gesperrt werden. Das Technische Hilfswerk (THW) unterstützte die Polizei. „So einen Schnee-Einsatz hatten wir seit mindestens zehn Jahren nicht mehr“, sagte THW-Sprecher Rainer Engelke.

BAHN

Auch die Deutsche Bahn hatte zu kämpfen. Viele Fernzüge fielen aus, etwa auf wichtigen Strecken wie von Berlin Richtung Köln, Frankfurt/Main und München. Auch der Fernverkehr zwischen Deutschland und den Niederlanden wurde eingestellt. In weiten Teilen Mitteldeutschlands gab es Probleme im Regionalverkehr. In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ging fast nichts



Deutschland im SCHNEE



Bis zum Bauch im Schnee: Ein Mitarbeiter des Technischen Hilfswerks an einer gesperrten Autobahnauffahrt in Niedersachsen (o.), im nordrhein-westfälischen Hagen stürzt ein Zirkuszelt unter den Schneemassen ein (u. l.), ein vereister ICE am Dortmunder Hauptbahnhof (u. M.), ein Traktor mit Schneepflug auf der Insel Rügen (u. r.)

Über die Mitte des Landes zieht ein kräftiger Schneesturm. Danach kommt eine Kältewelle

mehr. Die meisten Menschen hätten sich aber an die Empfehlung des Deutschen Wetterdienstes (DWD) gehalten und seien zu Hause geblieben, hieß es von der Bahn.

KÄLTEWELLE FOLGT SCHNEESTURM

Tief „Tristan“ über Mitteleuropa und dem zentralen Mittelmeer bringt im Zusammenspiel mit Hoch „Gisela“ über Skandinavien weitere eisige Luft. „Nach dem schnee- und windreichen Wochenende kommt nun aus Osten die große Kälte auf uns zu“, sagte Meteorologe Simon Trippler vom DWD am Sonntag. Mit Schnee muss weiter gerechnet werden, allerdings fällt dieser nicht mehr so intensiv wie am Wochenende.

Nach einer Schneekatastrophe klang das noch nicht. Meteorologen hatten

vor dem Wochenende von einem „denkwürdigen Ereignis mit Seltenheitswert“ gesprochen. Die Bilder vom Winter 1978/79 wurden wach, als der Norden Deutschlands, damals noch zwischen BRD und DDR geteilt, bis zur Dachkante im Schnee versank. 42 Jahre später spiegelte sich das Wetter im Netz: Bei Twitter lagen Schlagwörter wie „Eisregen“ und „Flockdown“ im Trend. Die Wortschöpfung aus „Flocke“ und „Lockdown“ hatte der Wetterdienst Kachelmannwetter schon am Mittwoch ins Spiel gebracht.

KONTRASTPROGRAMM

Vom Nordosten Spaniens über Lyon und die Côte d'Azur bis nach Baden-Württemberg war der Himmel am Samstag in trübes gelbes Licht ge-

taucht. Sand aus der Sahara hatte sich laut Wetterexperten wieder mal auf den Weg gemacht. „Menschen von überall her riefen an. Manche wollten wissen, ob das der Weltuntergang ist“, sagte ein DWD-Sprecher in Stuttgart. In Thüringen verfärbte sich Schnee gelblich rot zu „Blut Schnee“.

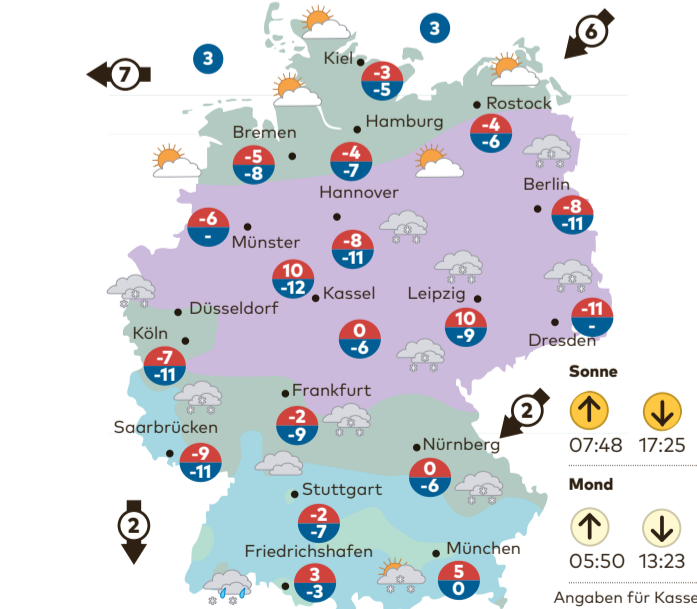
Während deutsche Städte nach Sibirien aussahen, gab es in Italien frühlingshaftes Wetter mit Temperaturen um 20 Grad. Das lockte die Menschen in Massen ins Freie. In Rom und anderen Städten rückten am Wochenende Polizisten mit Blaulicht auf beliebigen Plätzen an, um im Kampf gegen Corona abendliche Menschengruppen zu zerstreuen.

In Deutschland fällt es da leichter, zu Hause zu bleiben: Es wird nachts bis minus 20 Grad kalt.

ANZEIGE

DIE MACHER welt
Der Karrierepodcast mit Inga Michler – für alle, die hoch hinaus wollen
Jeden zweiten Mittwoch neu.
Jetzt reinhören auf welt.de/macher und überall, wo es Podcasts gibt.

DEUTSCHLAND HEUTE

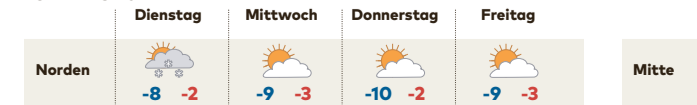


Kalt, gebietsweise Schneefälle

Heute: Meist ist es stark bewölkt, und in der Mitte und im Süden gehen Schneefälle nieder. Vor allem von Nordrhein-Westfalen bis nach Sachsen und Franken fällt der Schnee zum Teil lang anhaltend. Im Norden gibt es nur wenige Schneeschauer. Minus 9 bis plus 5 Grad werden erreicht. Der Wind weht schwach bis mäßig, im Norden mäßig bis frisch, an der Küste stark mit Sturmböen aus Ost bis Nordost.

Biwetter: Heute müssen sich Asthmatiker auf Atembeschwerden einstellen. Herz und Kreislauf werden besonders belastet. Patienten mit hohen Blutdruckwerten sollten sich daher schonen. Bei Rheumakranken verschlimmern sich die Schmerzen in den Gelenken.

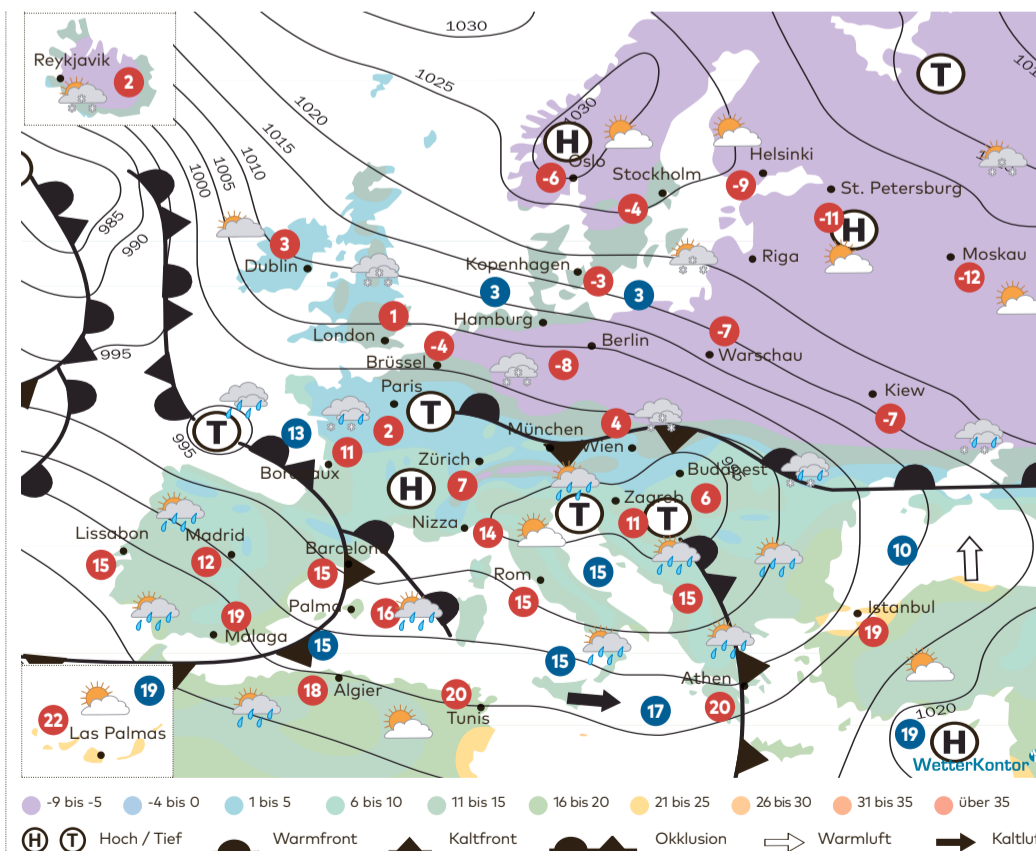
VORHERSAGE



ANZEIGE

welt

DIE MACHER
Der Karrierepodcast mit Inga Michler – für alle, die hoch hinaus wollen
Jeden zweiten Mittwoch neu.
Jetzt reinhören auf welt.de/macher und überall, wo es Podcasts gibt.



WELTWETTER HEUTE

Antalya	18°	Schauer	Innsbruck	6°	Schauer	Manila	31°	wolkig
Bali	28°	Schauer	Jerusalem	19°	wolkig	Mombasa	31°	bedeckt
Buenos Aires	26°	wolkig	Kairo	27°	wolkig	Neu Delhi	26°	sonnig
Djerba	20°	heiter	Kapstadt	24°	heiter	Rio de Janeiro	28°	Regen
Honolulu	27°	wolkig	Mailand	13°	wolkig	Sydney	24°	Schauer

Immer wissen, wie das Wetter wird!

TEMPERATURREKORDE

Hamburg Maximum 14,9° (1990), Minimum -18,1° (1953) **Berlin** Maximum 16,1° (1990), Minimum -17,0° (1986) **Frankfurt** Maximum 16,3° (1990), Minimum -15,5° (1953) **München** Maximum 13,0° (2016), Minimum -16,8° (2012)